

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Telegraphischer Amtsdienst Nr. 6488

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postverteilungsliste Nr. 3164

Zum Licht empor!

Aus der Tiefe quillt das Leben
Wieder nun empor zum Licht:
Erste, zarte Halme weben
Einen Teppich grün und dicht!

Aus der Tiefe treiben Kräfte
Sonnenhungrig, hoffnungsheiß.
Und es quellen Lebensäfte
Nun in jedes dürr'ste Reis.

Aus der Tiefe dampft ein Brodem
Wallend überm Schollenfeld,
Und es brauft ein Schöpferodem
Lenzsturmwetternd durch die Welt!

Aus der Tiefe sollst du heben
Du auch, Proletar, dein Haupt,
Dafs dein armes, hartes Leben
Nicht mehr bleibt des Lichts beraubt!

Aus der Tiefe steige, schreite,
Dafs auch dich die Sonne weicht
Und zur Freiheit hin geleite! —
Rings rauscht Auferstehungszeit

In.

Die Volksversicherung.

Auf keinem Gebiete beruht heute noch eine so große Hoffnung, als in neuen Volkstreifen wie auf dem der Versicherungsweisen. Die großen Versicherungsgeellschaften haben wohl für ihre kontinuierliche eigene Organe herausgegeben, den großen Massen aber einen eingehenderen Meinungs über das Versicherungsweisen vorerzogen. Gewerkschaften und Genossenschaften dagegen werden mit Erfolg ihren Reichhaltigkeit die Volksversicherung in die Hand zu nehmen und sie ihres kapitalistischen Charakters zu erlösen, nur durch sie können kommen, wenn sie bei ihren Mitgliedern Aufklärung, Wissen über die Volksversicherung verbreiten. Wir lassen deshalb aus einer Zeitschrift des „Montagenoffenheitlichen Volksblatt“ nachstehend die Auszüge folgen und eröffnen das weitestgehende Interesse aller der „Gewerkschaft“ für die nachfolgenden Darlegungen:

I. Entwicklung der Volksversicherung in Deutschland.

Der Begriff „Volksversicherung“ in dem hier zu verstehenden, und zwar zunächst nicht, weil sich die Grenzen zwischen der Lebensversicherung im allgemeinen und der Volksversicherung nicht geben lassen. Die Bezeichnung „Volksversicherung“ in neueren Darstellungen. Man sprach zunächst von einer Arbeiter- oder Sterbekassenversicherung und erst später zum Unterschied von der Lebensversicherung, bei der die Wundersicherungssumme auf 1000 Mk. oder 1500 Mk. festgesetzt war, nach dem noch heute geltenden Ausdruck „kleine Lebensversicherung“. Späterhin geschah nicht festgelegt, ob die Bezeichnung „Volksversicherung“ heute allgemein „gerade“ ist.

Bei der sogenannten „arbeitslosen Lebensversicherung“ waren die mündel-mittelten Volksschichten völlig ausgeschlossen, weil bei ihr

entweder einmalige Jahres- oder Quartalsprämien vorgelesen waren. Die großen Lebensversicherungsgeellschaften trugen anfänglich Bedenken, die Volksversicherung einzuführen, weil sie an eine Rentabilität und einen Erfolg nicht glaubten. Den ersten Versuch, auch die ärmeren Volksschichten zur Lebensversicherung heranzuführen, machte 1851 eine englische Gesellschaft, die „Provident Insurance Company“. Der Erfolg, den sie mit der Einführung einer Arbeiterversicherung („Industrial Insurance“) erzielte, war ein enormer; die Zahl der abgeschlossenen Versicherungen wuchs gewaltig, so daß schon im Jahre 1900 bei der „Provident“ mehr Versicherungen in Kraft waren, als ganz Großbritannien Kontingente zählte.

Erst als in Deutschland die großen Lebensversicherungsgeellschaften erkannten, daß mit der „Volksversicherung“ ein Geschäft zu machen sei, bequamen auch sie sich zu ihrer Einführung. Bis dahin hatten sie die Aufgabe, für die unteren Volksschichten zu sorgen, den Sterbekassen überlassen, die sich aus den mittelalterlichen „Gilden“ entwickelt hatten, und welche beim Todesfälle den Hinterbliebenen ihrer Mitglieder kleinere Unterhaltungen zur Deckung der Bedürfnisse und zur Verringerung der einen Not gewährten.

Die Sterbekassen beruhten auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit; die Mitglieder waren verpflichtet, gemeinsam die Kosten für die Auszahlung des hundertfach festgesetzten Sterbegeldes zu tragen. Da sie lediglich für einen beschränkten Personenkreis, in der Regel nur für bestimmte Berufe, geschlossen waren, und bei vielen es an dem nötigen Jahrgang junger Leute mangelte, waren sie mehr und mehr nutzlos, entweder ihre Leistungen herabzusetzen oder die Beiträge zu erhöhen, ein Umstand, den die großen Lebensversicherungsgeellschaften beim Ueberzuge zum Betriebe der Volksversicherung

zung geschickt auszunutzen verstanden. Ihnen war es nicht darum zu tun, die Mängel der Versicherung der Arbeiter, welche sich bei vielen Sterbefällen herausgestellt hatten, zu beseitigen, die Kapitalien, die sie bei der großen Lebensversicherung angesammelt hatten, in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen; sie scherten sich den Teufel um Prinzipien, um das Mitbestimmungsrecht der Versichererten; sie entschieden sich erst dann für die Volksversicherung, als durch die Praxis in England festgestellt war, daß durch deren Finanzgriffnahme eine gute Verzinsung ihres Kapitals und ausreichende Dividenden für die Aktionäre zu erzielen seien.

Nach mehreren, von einigen Gegenseitigkeitsgesellschaften unternommenen, nicht sehr erfolgreichen Versuchen, auch den Rinderdemittelten die Vorteile einer Lebensversicherung zugänglich zu machen, entschloß sich im Jahre 1892 die Aktiengesellschaft „Friedrich Wilhelm“ in Berlin, die Arbeiterversicherung zu organisieren. Die von der „Friedrich Wilhelm“ hierfür geschaffenen Grundlagen sind für den Begriff der Volksversicherung maßgebend geworden. Es sind dies:

1. der Wegfall der ärztlichen Unterjuchung;
2. Einführung von Wochen- oder Monatsprämien;
3. die Festsetzung der höchstzulässigen Versicherungssumme auf 1500 Mk.;
4. der Einschluß der Sterbeversicherung in die Versicherung ohne Extraprämie.

Der „Friedrich Wilhelm“ folgte zehn Jahre später (im Jahre 1892) die „Victoria“ Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft zu Berlin, die infolge ihrer territorial gut geordneten Organisation die „Friedrich Wilhelm“ bald gewaltig überflügelte. Im Besitze dieser beiden großen Aktiengesellschaften befinden sich heute über drei Viertel des gesamten Volksversicherungsbestandes.

Zur Veranschaulichung der Entwicklung der Volksversicherung folgende nachstehende Tabelle, bei welcher wir die Aktiengesellschaften vorangestellt haben und dann vier Gegenseitigkeitsgesellschaften folgen lassen. Die Unterscheidung ist aus dem Grunde notwendig, weil die letzteren keine Dividende an Aktionäre, die Rothenburger und der Stuttgarter Verein auch keine Tarifen an Vorstand und Aufsichtsrat zahlen.

Volksversicherungsbestand.

	Jahl d. Versicherungen		Versicherungssummen	
	Ende 1910	Ende 1911	Ende 1910	Ende 1911
Aktiengesellschaften:			Mk.	Mk.
Victoria	1 628 551	3 687 072	319 562 828	802 689 471
Friedrich Wilhelm	1 128 150	2 794 971	166 179 724	427 028 962
Wilhelma	19 759	193 274	4 807 539	51 275 856
Deutschland	63 470	231 793	18 122 576	40 797 887
Gamburg-Wannheim	9 878	70 943	3 137 682	18 973 307
Teutonia, Leipzig	13 231	26 911	4 541 084	18 830 013
Irania, Dresden	16 890	75 226	2 298 765	13 282 583
Aramia, München	24 423	134 742	8 758 209	22 739 725
Breuß. Lebensversicher. Vereinsbank, Düsseldorf	2 738	4 101	1 590 879	2 876 057
Bayer. Versicherungsbank	—	14 329	—	3 516 738
Summa	2 911 966	7 295 470	539 248 373	1 397 746 375
Gegenseitigkeitsgef.:				
Rothenburger	219 336	297 248	64 221 669	123 920 233
Thuna, Halle	70 878	354 838	11 290 226	58 411 374
Schlef. Lebensversf. Gef.	—	120 317	—	32 982 471
Stuttgarter Verein	41 757	49 825	9 279 751	11 552 819
Summa	331 971	822 228	84 791 646	226 266 916
Aktiengesellschaften:	2 911 966	7 295 470	539 248 373	1 397 746 375
Gegenseitigkeitsgef.:	331 971	822 228	84 791 646	226 266 916
Zusammen	3 243 937	8 057 698	615 040 019	1 624 013 291

Für das Jahr 1900 sind die vorstehenden Zahlen dem Werke von Dr. Hans Kobl: „Die Reform der Volksversicherung“ entnommen; seit dem Jahre 1900 haben einige Gesellschaften die Volksversicherung wieder eingestellt. Diese hinzugezogen, erhalten wir für das Jahr 1900 einen Versicherungsbestand von 3 389 810 Personen mit einer Versicherungssumme von 613 051 048 Mk. 8 Millionen Volksversicherungen im Jahre 1911 bedeuten, daß auf jeden achten Deutschen eine Versicherung erfüllt; nehmen wir die große Lebensversicherung hinzu, so entfallen auf je 100 Personen in Deutschland 15,3 Policenhaber. Welt in der Schaffen gestellt wird Deutschland von England und Amerika. In England kommen auf je 100 Personen 69,5, in Amerika 33,15 Policenhaber.

Theorie und Praxis des Berliner Freilins in der Sozialpolitik.

Eiliger Morian, verdon mein Haus, zind' andere ant Das war der Grundton der Debatte, welche am 13. März d. J. in der Berliner Stadtverordnetenversammlung anknüpfte an den Ausschlußbericht über den Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten Mönz und Genossen.

„den Magistrat zu ermahnen, mit den in Betracht kommenden Arbeiterverbänden über Abschluß eines kollektiven Arbeitsvertrages für die städtischen Arbeiter und Angestellten in Verhandlungen zu treten und den Vertrag der Versammlung zur Kenntnis zu geben zu lassen“.

Es war erdichtlich, wie die Berliner kommunale Spielart des Revisionismus, dessen sozialpolitische Führer theoretisch die schwärmerische Liebe für Tarifverträge zwischen Unternehmern und Arbeitern an den Tag legen, sich in einem grotesken Eiertanz um die praktische Durchführung solcher Vereinbarungen in den städtischen Betrieben herumzuwinden müßte. Die Verhandlungen des Ausschusses, für dessen Mehrheit der Stadtverordnete Goldschmidt die Ablehnung des Antrages zu vertreten hatte, beizuden auf einer Seite von Halbheiten, und zeigten, wie man zwischen „einer Seite“ und „andererseits“ hin- und hergehüpft war, um dem ungewissen Publikum auf die Gefinnungstreue zu entgegen.

Von allen Seiten wurde im Ausschluß — so behauptete der Reichstagsratler — der kollektive Arbeitsvertrag als eine sehr wichtige soziale Angelegenheit anerkannt. Ja, man war sogar einmütig der Meinung, daß er materiell und sittlich nützlich ist. Aber! Ob ein Tarifvertrag auch für die Stadt nützlich ist — darüber gingen die Meinungen weit auseinander. Die Ansichtskritik ist entschieden sich dagegen, weil — nun, weil die Verhältnisse in den kommunalen Betrieben sich erheblich von denen in der Privatindustrie unterscheiden. Man vertrat sich also wieder unter die alte Behauptung, die schon hundertmal widerlegt worden ist, und rettungslos zusammenbricht, sofern man unbefangenen an ihre Prüfung herantritt. Die Struktur des Arbeitsverhältnisses in den Gemeindebetrieben weicht keineswegs von dem allgemeinen wesentlichen ab, auch nicht einmal in der Umgebung von wichtigen Vertretungen der Gewerbeordnung. Wenn der Ausschluß trotzdem das Gegenteil behauptet, so zeigt das nur, wie oberflächlich er die Materie geprüft hat. Ebenso hilflos ist seine Stellung zu den von uns bereits veröffentlichten Gutachten einiger namhafter Sozialpolitiker, von denen man gesagt hat zu behaupten, daß sie die Frage nur in „allgemeinen Redewendungen“ behandelt hätten. Ich mein, die Herren von Welevisch, Krände u. a. sind mindestens so gute Praktiker wie freilinsche Stadträte in Berlin. In etwas unangenehmen für sich allerdings von den letzteren: Diese Sozialpolitiker haben den Rat der Heranzugung und belästigen ihn, wo es notwendig ist; im Berliner Stadtverordnetenanschlusse haben aber Mitglieder, welche setzen für ihre eigenen Industriesektoren Tarife anzusetzen, für die städtischen Betriebe solche aber mit der Mehrheit ablehnten. Zur Unterjuchung solcher abt liberalen Grundhaltungen glaubte man sogar die Arbeiter in Anspruch nehmen zu können. Der Reichstagsratler teilte nämlich mit, daß der Ausschluß von Magistratsseite darauf aufmerksam gemacht werden sei, wie auch in „Jahrbuch der Arbeiterkassen“ Strömungen gegen Tarifabschlüsse in Gemeindebetrieben vorhanden wären. Es war das eine zum handjohellen Male wiederholte Anspielung auf die Verhandlungen unseres Rindeneres Verbandes, sowohl bei objektiver Beurteilung die angelegenen Verhältnisse in ihrem Zusammenhang mit der ganzen Tarifdebatte von niemanden als lauffähigst allmählich werden können.

Entschieden schon dem Ausschluß der Gedanke an den Ablauf eines eventuell geschlossenen Tarifvertrages zu sein. Was soll dann werden? war die Frage Mönz, bei deren Betrachtung in der Stadtverordnetenversammlung der Stadtverordnete Frankelow das Entscheidende voraussah, daß beim Abschluß solcher Verträge mindestens in den letzten drei Monaten vor dem Ablauf sich eine große Unruhe bemerkbar machen würde. Dazu wäre nach Ansicht dieses Herrn natürlich kein Anlaß gegeben; die städtischen Arbeiter seien — wie er meinte — schon bevorzugen, da sie doch Urlaub und Aufgebot hätten. In das gleiche Horn pfeif der Stadtverordnete Osland, indem er behauptete, daß der soziale Frieden zwischen Verwaltung und Arbeiterkassen auch in Zukunft erhalten bleiben wird. Auf diesen Erwartungen diese Auffassung beruhte, bekam man allerdings nicht zu hören, wie dieser Redner überhaupt nicht enttend? davon war. Tagenden zu beachten. Wie sollte er sonst zu der spezifischen Behauptung kommen, daß die im neuen Etat vorgesehenen Lohnherabsetzungen „ohne jede Anrechnung von außen“ bei

abgeschlossen worden seien. Die im September vorigen Jahres von den Arbeiterräteauschüssen und der Berliner Ortsverwaltung eingereichten Vorschläge ignorierte der Herr geistlich, um möglichst mit dem her—ühmten „guten Herrn“ für die Arbeiter paradiesieren zu können.

Der Standpunkt der Arbeiter vertrat demgegenüber konsequent der sozialdemokratische Stadtverordnete Sassenbach. Er verfuhr wie folgt:

„Der Anschlag von Tarifverträgen darf nicht ausschließlich vom materiellen Standpunkt aus betrachtet werden; es kommen auch höhere Gesichtspunkte in Betracht, und die lassen das Streben der Berliner städtischen Arbeiter nach dem Abschluß solcher Verträge begründlich erscheinen. Wie sich die Auffassung der Arbeiter über Tarifverträge fundamental geändert hat, wird diese Veränderung sich auch in den Gemeindevorstellungen vollziehen. Wenn es nicht an einem Tage erlaubt worden; neue Ideen brauchen sich durchzusetzen. Wir hatten selbstverständlich ein anderes Auffassung sein und werden gegen den Ausschlagsantrag stimmen. Wir der Annahme des letzteren halten wir die Angelegenheit nicht für erledigt. Die Stimmung dafür wird sich bald bessern und dann werden wir den Antrag wieder vorlegen; er wird, wie ich nicht zweifle, in nicht allzuferner Zeit auch hier zur Annahme gelangen.“

Darauf trat die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Mehrheit dem Antrage des Ausschusses bei, welcher besagt:

Die Versammlung empfiehlt die Ablehnung des Antrages des Stadtverordneten Dr. Krohn und Genossen, der folgenden Wortlaut hat:

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat mit den in Betracht kommenden Arbeitgeberverbänden über Abschluß eines kollektiven Arbeitsvertrages für die städtischen Arbeiter und Angehörigen in Verhandlungen zu treten und der Stadtverordnetenversammlung den Vertrag zur Kenntnis zu geben zu lassen.“

Wie Genosse Sassenbach ganz richtig sagte, ist mit diesem Beschluß die eminent wichtige Frage des Tarifabschlusses für die städtischen Betriebe keineswegs erledigt. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben! Die städtischen Arbeiter treten mit Recht und geistlich auf schlagende Gründe die Behauptung, daß für sie Tarifverträge nicht notwendig sind. Sie wollen nicht mehr ausschließlich Lohn sein, sondern als Subjekt bei Gestaltung der Arbeitsverhältnisse entscheidend mitwirken. Dieses Ziel muß und wird erreicht werden. Also: „Per Philippi leben wir uns wieder!“

Die Stadt Kiel als Arbeitgeber.

11. (Schluß.)

In recht sachlicher und weitgehender Weise hat der Stadtv. Procour die durchaus nicht neuen Anträge der städtischen Arbeiter bei der Stadterhebung begründet und vertreten. Die Anträge für die Gasarbeiter, den Achtstundentag einzuführen, hatten schon aus dem Jahre 1906 und sind stets wiederholt worden, ebenso die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit für alle Arbeiter schon vor Jahren gestellt. Trotzdem man früher des öfteren zugabehat, daß aus sozialen und hygienischen Gründen die Verkürzung der Arbeitszeit eine Notwendigkeit geworden sei, wollte man diesmal von allem nichts wissen. Hat früher der eine oder andere bürgerliche Vertreter es noch einmal für notwendig gehalten, sein übervolles arbeiterfreundliches Herz auszuschütten, so konnte man diesmal hiervon nichts bemerken. Der Stadtv. Dr. Schmidtberger Dr. Ahlmann ging sogar soweit, die Forderungen auf Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit als unzeitgemäß zu bezeichnen, weil die Werte keine größeren Lebenshöfje erzielen. (7. Pro. Dividende!) Außer dem Stadtv. Dr. (Arzt.) hat kein bürgerlicher Vertreter es überhaupt für notwendig erachtet, sich an der Debatte zu beteiligen. Deren Hofj schien besonders der Antrag „Anerkennung der Organisation“ auf die Nerven gefallen zu sein. Er hatte einen richtigen Mut—oller und wollte schon wieder einen Streik der Gemeindegewerkschaftsmitglieder. Als besonders scharf hat sich bei dieser Verhandlung der Oberbürgermeister Lindemann entpuppt. Schade nur, daß es die Agrarier nicht fertig gebracht haben, den Minister Lebrück zu jagen. Herr Lindemann hatte einen ausgesprochenen Ehrabs gegeben. Bei der Mandatfrage des Herrn Oberbürgermeisters Lindemann sind einmal recht schöne Worte gefallen, nämlich, daß er keinen Anstand nehmen würde, dafür einzutreten, daß die Löhne der städtischen Arbeiter den Arbeitern der Privatindustrie gleichzustellen und wenn möglich noch hierüber wegzugehen. Dieser Anspruch erfolgte vor der Wahl. Jetzt als Oberbürgermeister kann er nicht genug tun, die berechtigten Wünsche der städtischen Arbeiter zu bekämpfen. Würde früher jets auf die schickliche Artumstände hingewiesen, so sagt man jetzt: wir wollen nicht, weil hierbei die in der letzten Stadtverordnetenversammlung bezeichnete

Reform durchbrochen würde. Ganz besonders bekämpfte der Herr Oberbürgermeister den Antrag „Anerkennung der Organisation“. Es wäre doch unglücklich, daß der Vertreter des Gemeindegewerkschaftsverbandes mit der Stadtverwaltung von Kiel verhandeln könnte. Ja, Herr Ober, warum gehts anderswo? Auf die früher angeführten Unsummen bei der Verkürzung der Arbeitszeit ist man heute nicht mehr zurückgekommen. In einer Eingabe des Verbandes an den Magistrat und Stadtverordneten ist eine ziemlich genaue Berechnung der erforderlichen Mittel für die Verkürzung der Arbeitszeit aufgestellt. Diese Aufstellung hat man nicht beachtet, weil im Grunde nichts dagegen eingewandt werden kann.

Auch Herr Stadtrat Arende als Delegierter der Arbeiterangelegenheiten hat sich wieder etwas besonderes geleistet. Herr Arende „stellte sich“, daß die Arbeiter oder der Arbeiterräteauschuss sich mit der im Herbst letzten Jahres erfolgten Regelung der Arbeitslöhne einverstanden erklärt hätten. Wir müssen hier feststellen, daß dies durchaus nicht zutrifft. Dem Arbeiterräteauschuss ist von dieser Regelung bis zur Verhandlung im Kollegium nichts bekannt gewesen. Allerdings hatte im Jahre 1911 Herr Arende eine Vorlage ausgearbeitet, die dem Arbeiterräteauschuss zugestellt worden ist. Der Arbeiterräteauschuss ist dann von seinen Mitarbeitern beauftragt worden, diese Vorlage ohne weiteres abzulehnen. Man hat es aber Herr Arende verstanden, durch eine zweite Vorlage die Sache mündgerecht zu machen, nämlich zu der ausgearbeiteten Vorlage, die auf Alterszulage aufgebaut ist, kam noch eine Familienzulage. Durch diese verlockende Vorlage hat sich allerdings der Arbeiterräteauschuss bereitwillig lassen. Die beiden genannten Vorlagen sind aber schon 1911 von der Besoldungskommission abgelehnt worden. Herr Arende hat nun eine neue Vorlage ausgearbeitet und diese ist dann im vorigen Herbst vom Kollegium genehmigt worden, zum Schaden der Arbeiter! Nun sagte Herr Arende in der Sitzung: „Es ist richtig, daß die Ausbühne lange nicht zusammen gewesen sind, aber wenn sie den Wunsch ausgesprochen hätten, wäre ihnen stattgegeben worden.“ Uns scheint, als wenn Herr Arende sich doch an folgendes erinnern sollte: Am 28. August 1912 wurden seitens der Arbeiterräteauschüsse folgende Anträge dem Magistratsvertreter Herrn Stadtrat Arende übermittelt:

1. Vollaushierung der gesamten Arbeiter, ausgenommen der Metortenbeizer, pro Tag um 20 Pf. Der Minimallohn muß auf 120 Mk. festgesetzt werden. — Die Handwerkerlöhne sind, soweit sie heute mit 470 bis 480 und 5 Mk. entlohnt werden, auf 500 Mk. festgesetzt.
2. Die in die Woche fallenden Feiertage sind mit den vollen Lohnsummen zu entschädigen.
3. Für die Metortenbeizer ist die Achtstundentage einzuführen.
4. Für alle Arbeiter und Arbeiterinnen ist der Feinstundentag einzuführen.
5. Eine Herabsetzung der Marenzeit zur Erlangung des Sommerurlaubs muß stattgegeben werden.

Diese Anträge sind an Herrn Arende gegangen und der Oberbürgermeister Jung gibt hierauf am 14. September 1912 folgende Antwort:

„Auf die Eingabe vom 4. d. M. Nachdem die sämtlichen dortjets zur Verhandlung gestellten Fragen erst vor kurzer Zeit zum Gegenstand eingehender Erörterungen in den vereinigten Arbeiterräteauschüssen sowohl wie in den darauffolgenden Besprechungen mit den Betriebsleitern gemacht sind, und nachdem den Wünschen der städtischen Arbeiter wertvoll entgegenkommenden Vor schläge des zuständigen Delegierten jenen von der Besoldungskommission verabschiedet sind, erubrigt es sich, zurzeit abermals in Verhandlung mit den vereinigten Ausbühnen zu treten. Wir lehnen daher die gewünschte Einmündung ab und geben anheim, Ihre Mitarbeiter von diesem Vorschlag in Kenntnis zu setzen.“

Etwas eigentümlich muß es jeden Menschen berühren, wenn Herr Arende und Herr Lindemann sagen: „Wäre der Arbeiterräteauschuss an uns herangetreten, so wären ihre Anträge zur Verhandlung gekommen.“ Der Arbeiterräteauschuss hatte wohl die Absicht, seine Anträge beim Magistrat zu vertreten, der Magistrat lehnte aber die Aussprache rundweg ab, weil vor einem Jahre schon einmal über diese Fragen verhandelt worden sei. Dies sind die Zusicherungen, daß jeder Arbeiter sich vertrauensvoll an den Delegierten wenden kann.

Bei der wunderhässlichen Reform wurde weiterhin zehn Mann vom Baanant jeden Tag 50 Pf. vom Lohn gekürzt. Herr Arende meinte, das wäre auf eigenen Wunsch geschehen. Die Arbeiter hatten verlangt, daß ihnen die dafür festgesetzten Normen für die Nebenstunden gezahlt würden. Es es wirklich Arbeiter geben sollte, die bereit sind, 50 Pf. pro Tag zu opfern, in der Ungewißheit, daß ihnen bei einer eventuellen 11. Arbeitsstunde 16 Pf. einnahme mehr wunt? Das schämte für die Arbeiter ist aber, daß alle Wünsche und Anträge rundweg abgelehnt sind.

Die gesamten bürgerlichen Vertreter, Magistrat und Stadtverordnete (ohne Herrn Stadtv. Sarmé, der wenigstens noch eine bessere Regelung des Sommerurlaubs wünscht) haben dagegen genimmt, einschließlich des beamteten Arbeiters aus städtischem Betriebe Czarnetti. Herr Frenke war so liebenswürdig, den besprechenden Musikern ein ziemliches Loblied zu singen, nämlich, daß der Arbeiterausschuß mit der größten Intelligenz die Wünsche der Arbeiter vertrete. (Ja, wenn sie nur gehört und erhört würden!) Wenn Herr Frenke weiter im Präsidium bemerkte, daß es nun endlich fast hätte, die Mägen über die falschen Arbeitslöhne anzuhören, die die Stadt viel zahlt, und weiter auf andere Städte hinwies, die noch weniger zahlten (sogar besonders wurde Stettin hervorgehoben), so mag sich dies der neue Bürgermeister machen. Der Arbeiterausschuß hat es aber auch fast, daß ihm immer und immer wieder die Schuld zugemessen wird, zu der bezeichneten „großartigen Reform“ seine Zustimmung gegeben zu haben (denn was ihm fremd war, dem kann er nicht zugestimmt haben).

Die jüngsten Vorkommnisse werden hoffentlich dazu führen, daß diejenigen Arbeiter, die bis jetzt sich der Organisation ferngehalten haben, nun endlich erwachen. Nur eine starke Organisation kann uns dazu verhelfen, daß unsere bestehenden Wünsche erfüllt werden.

Eine neue Lohnordnung für die Arbeiter in Essen.

Im Jahre 1911 trat sich die Stadtverwaltung mit dem Gedanken, Familienzulagen einzuführen. Dies wurde aber von dem Arbeiterausschuß in seiner Mehrheit abgelehnt, weil man der Ansicht war, daß eine allgemeine Lebensaufbesserung dringend notwendig sei. Die Familienzulagen kommen eben immer nur einem Teil der Arbeiter zugute, während oft der größte Teil leer ausgeht. Nach Verhandlung der in Frage kommenden Organisationskommission wurde der von unserem Genossen ausgearbeitete Entwurf einer neuen Lohnskala nach Begutachtung eingereicht. Die organisierten Arbeiterausschußmitglieder vertraten dann die Forderungen in verschiedenen Sitzungen. Endlich, im November 1912, wurden die Löhne wie folgt geregelt:

1. Für Arbeiter, die im Tagelohn beschäftigt werden.

Von- Lohn	Grundlohn für den Tag
1. Badedienerrinnen in den Brausebädern (I)	2,00 M.
2. Badefrauen in den Badeanstalten (I)	2,40 "
3. Arbeiterinnen vom Schlacht- und Viehhof (I) Bades- Dienerrinnen	2,50 "
4. Masseurin und Hilfsbediener (I) Lehr- und Probe- Krankenwärter (I)	3,00 "
5. Gärtnergehilfen 1. Stufe (III), unverh. Hausdiener (I) der Krankenanstalten	3,50 "
6. Arbeiter 1. Stufe der Gas- und Wasserwerke, Schlacht- und Viehhof, Tiefbauabteilungen, Gartenverwaltung, Arbeiter und Gruppenführer des Fuhrparks und der Straßenreinigung, Bediener bzw. Masseur der Badeanstalten (I)	3,70 "
7. Fuhrknechte und Aufsicher des Fuhrparks (III), der Straßenreinigung (II), Hilfsbediener vom Saalbau (I), verb. Hausdiener der Krankenanstalten	3,90 "
8. Arbeiter 2. Stufe (I) und Heizer (IV) der Gas- und Wasserwerke, Heizer (IV), Maschinenisten 1. Stufe (III), Vorarbeiter, Betrüber, Wärtner (III) und Arbeiter 2. Stufe (I) vom Schlacht- und Viehhof, Vorarbeiter des Fuhrparks und der Straßenreinigung (II), Arbeiter 2. Stufe der Tiefbauabteilungen, Gartenverwaltung (I), Gartengehilfen 2. Stufe (III), Vermessungsarbeiter (III), Heizer und Bäder der Badeanstalten (IV), Heizer vom Saalbau und der allgemeinen Bauverwaltung (IV)	4,00 "
9. Knechtgehilfen vom Vermessungsamt (IV), Oberbediener, Obermassierer und Wademeister (IV)	4,20 "
10. Maschinenisten 2. Stufe (III) vom Schlacht- und Viehhof 11. Maschinenwärter, Fitter, Rohrleger, Handwerker, Sperrer (IV) der Gas- und Wasserwerke, Handwerker des Schlacht- und Viehhofes, der allgemeinen Ver- waltung, Badeanstalten, Saalbau, Krankenanstalten, Fuhrparks, und Straßenreinigung, Tiefbauabteilung und Gartenverwaltung (IV), ferner Hilfsaufseher vom Fuhrpark und Straßenreinigung, Vorarbeiter und Mannner des Tiefbauamtes und Gärtnergehilfen 3. Stufe (IV)	4,50 "
12. Handwerker bei der allgemeinen Bauverwaltung und höheren Schulen (IV)	4,90 "
13. Aufsichtsmittel des Fuhrparks (IV), Maurer, Plasterer (III) und Hilfsaufseher (IV) der Tiefbauabteilungen	5,00 "
14. Heizer im Rathaus (IV)	5,50 "

Aufsicher und Gruppenführer des Fuhrparks und der Straßen-
reinigung erhalten außer obigen Löhnen pro Tag 20 Pf. Zulage,
Desgleichen erhalten Fuhrknechte und Arbeiter bei der Müllabfuhr
und Abriechtjammung, wie auch die Schachtreiniger einen Zu-
schlag von 40 Pf. pro Tag.

Führerinnen an der allgemeinen Verwaltung erhalten 32 Pf.
Stundenlohn.

Die Grundlöhne der im Tagelohn Beschäftigten steigen wie
folgt:

Lohngruppe (siehe Nummern in Klammern)	Betrag der Zulage im Diensthabe				
	1.	2.	3.	4.	5.
I	0,15 M.	0,15 M.	0,10 M.	0,10 M.	--
II	0,20 "	0,20 "	0,10 "	0,10 "	--
III	0,25 "	0,25 "	0,25 "	0,25 "	--
IV	0,30 "	0,30 "	0,30 "	0,30 "	0,30 M.

2. Für die im Jahreslohn beschäftigten Arbeiter:

	zu- läs- sige M. <th>Steige- rung M. <th>Höchst- lohn M. </th></th>	Steige- rung M. <th>Höchst- lohn M. </th>	Höchst- lohn M.
1. Wasserturmwärter, Vertikalschreiber der Gas- und Wasserwerke	1200	12x25	1500
2. Kranenwärter	1200	12x50	1800
3. Heizer in der Wilhelm-Augustastiftung, Heizer, Hilfsheizer und Hilfsbeleuchter vom Stadttheater, Schweißmacher, Worb- macher der dem Armenamt unterstehenden Betriebe	1300	12x50	1900
4. Schuhbinder, Heizer, Steinbruder der allge- meinen Verwaltung	1300	14x75	2000
5. Nachtwächter am Stadttheater	1320	12x25	1620
6. Illrenableiter der Gas- und Wasserwerke	1325	12x25	1625
7. Tischschneider, Nachtpfortner der Kranken- anstalten	1350	18x40	1800
8. Flagaufsicher der G. B. Werke, Aufsicher des Fuhrparks und Straßenreinigung, Nach- twächter der Krankenanstalten	1400	14x40	1900
9. Aufsicher vom Schlacht- und Viehhof, 1. Gärtner und Laboranten der Kranken- anstalten	1400	18x75	2000
10. Aufsicher der öffentlichen Straßenbeleuchtung	1400	14x50	2200
11. Desinfektor der Krankenanstalten	1450	19x50	2000
12. Maschinist am Saalbau	1500	18x75	2300
13. Gelétrier der Krankenanstalten	1500	14x50	2400
14. Schmiedemeister am Fuhrpark, Gärtner der Gartenverwaltung, Beleuchter vom Stadt- theater	1600	15x80	2500
15. Hilfsrohremeister, Hilfsfittermeister, Hilfsgas- meister der G. B. Werke, Maschinenmeister vom Schlacht- und Viehhof und der Bade- anstalten, 1. Maschinist, Wadameister, Ober- wärter der Krankenanstalten	1900	15x60	2800

Durch diese Regelung wurden alle ungelerten Arbeiter um
20 Pf. die Erdarbeiter und Arbeiter 2. Stufe um 30 Pf. pro Tag
aufgebessert. Die Handwerker wurden nur im Höchstlohn um
20 Pf. aufgebessert. Berücksichtigt man, daß die Löhne erst 1909
eine durchgreifende Änderung erlitten, dann kann man das
Ganze als einen tüchtigen Schritt nach vorwärts ansehen.

Gewiß wurden nicht alle Wünsche der Arbeiter berücksichtigt,
so z. B. hätte unser Kollege Reine den Antrag, auch die Fabrik-
arbeiter des Stadttheaters der allgemeinen Arbeitsordnung zu
unterstellen, leider ohne Erfolg. Es muß aber manumunden zu
gehört werden, daß unsere Kollegen im Ausschuß die Inter-
essen der Arbeiter voll und ganz vertreten haben, oft zu ihrem
eigenen Schaden. Die berechtigte Kritik unserer Kollegen war
sowohl der Verwaltung, als auch den Unterbeamten oft sehr un-
bequem. Inzwischen sind die Neuwahlen des Arbeiterausschuß
gewesen. Wir können mit dem Resultat voll und ganz zufrieden sein.
Es ist nun Aufgabe unserer Kollegen, für den weiteren Ausbau
der Organisation, als auch für genügende Unterstützung des neu-
gewählten Arbeiterausschußes zu sorgen.

Die Lohnbewegung der städtischen Arbeiter Königsbergs.

Von allen Großstädten des Deutschen Reiches steht Königsberg in bezug auf die Entlohnung so ziemlich an letzter Stelle. Immer, wenn die Ausschüsse Forderungen stellen, kommt der Magistrat mit der Ausrede, daß er nicht mehr Lohn zahlen könne, weil die städtischen Arbeiter infolge der Arbeiterfürsorge sich ganz gut ständen. Es soll nicht bestritten werden, daß die Arbeiterfürsorge hierorts nicht ganz schlecht dasteht. Dennoch wird kein vernünftiger Mensch die Behauptung aufstellen wollen, daß deshalb die Arbeiter auf eine bessere Entlohnung keinen Anspruch hätten.

Es gibt kaum eine zweite Großstadt in Deutschland, die für städtische Wohnungen so hohe Mieten aufweist, wie Königsberg. Die Tatsache, daß die Arbeiter im allgemeinen und die städtischen Handwerker und Arbeiter im besonderen für ihr Geld in recht schlechten Wohnungen wohnen, wird kein Kenner der Verhältnisse leugnen wollen. So ist denn auch jedem Einsichtigen verständlich, daß die Arbeiter bejammern sich ein besseres Los zu erlangen und deshalb Forderungen auf Verbesserung des Lohnes wiederholt gestellt haben. Schon im Herbst vorigen Jahres reichten die Arbeiterausschüsse den zuständigen Behörden Anträge auf Zahlung einer Feuerungszulage ein. Nach langen Beratungen, und nachdem die Stadtvorordnetenversammlung beschlossen hat, den Arbeitern der mittleren Lohnklasse eine einmalige Feuerungszulage in Höhe von 40 Mk. zu zahlen, glauben die Arbeiter, wenigstens diesen Boden zu erhalten. Aber diese so geringfügige Feuerungszulage hat der Magistrat nicht zur Auszahlung gelangen lassen. Statt dessen wurden die bestehenden Familienzulagen in etwas verbessert. Die Geschichte kam den Herren sehr billig zu stehen. Die ganze Mehrausgabe soll nach den Angaben des Magistrats 12688 Mark betragen.

Natürlich konnten sich die Arbeiter damit nicht zufrieden geben. So haben denn alle Arbeiterausschüsse beantragt, die Grundlöhne um 50 Pf. täglich zu erhöhen. Der Forderung der Arbeiterausschüsse hat die Organisation dadurch Nachdruck verliehen, indem sie in einer sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung die Anträge der Ausschüsse unterstützte und in einer Resolution von dem Magistrat und der Stadtvorordnetenversammlung noch mehr die gleiche Forderung unterbreitete. Der Resolution wurde eine Begründung beigegeben. Die Stadtvorordnetenversammlung hat sich bereits mit der Eingabe der Organisation beschäftigt und beschlossen, die Eingabe dem Magistrat zur Ausdeckerung zu überweisen. Auch die sogenannte Lohnabwägungskommission soll bereits über die Anträge der Arbeiter beraten haben. Da diese Kommission hinter verschlossenen Türen tagt, so ist nach außen bisher nichts laut geworden, was die Herren in der Dunkelkammer beschlossen haben. Nur der Magistrat scheint bisher zu den Forderungen der Arbeiter keine Stellung genommen zu haben. Da bei der letzten Eingabe der Magistrat über die Löhne der hiesigen Staats- und Reichsbetriebsarbeiter falsche Angaben gemacht hat, so halten wir uns für verpflichtet darauf hinzuweisen und verlangen, daß der Magistrat sich erst einmal bei den zuständigen Vereinigungen erkundigen möchte, bevor er wieder der Stadtvorordnetenversammlung in der Ausdeckerung Mittelungen macht.

Über alle Beschönigungen werden die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß der Anfangslohn der städtischen Arbeiter Königsbergs ganze 3,20 Mk. beträgt. Da die Lohnsteigerungen nur alle drei Jahre erfolgen, so kann sich nun jeder absehbare Ausweg denken, daß dieser Lohn keinesfalls in der Zeit der teuren Lebensmittelpreise als ausreichend angesehen werden kann. Wird noch weiter berücksichtigt, daß die städtischen Arbeiter noch 10 Stunden täglich arbeiten, so erweist man am besten die große Minderwertigkeit der Stadtwerke Königsbergs in der Lohnpolitik.

Unter diesen Umständen ist denn auch leicht begreiflich, daß unter den städtischen Arbeitern eine große Erregung vorhanden ist. Immer energischer drängen die Arbeiter auf die Bewilligung ihrer Forderungen. Alle Betriebsversammlungen sind stark besucht und die Kräfte nach der Erledigung der gestellten Lohnanträge verstreuen in keiner Richtung. Nimmere haben sich die Arbeiterausschüsse entschlossen, nochmals persönlich mit dem Magistrat zu verhandeln. Sie haben je ein Mitglied aus den bestehenden Ausschüssen gewählt und beim Magistrat angefragt, wann sie vernehmlich werden sollen. Inwiefern sich Fortschritte getrieben, um die erregten Gemüter zu beruhigen. An den Herren des Magistrats wird es liegen, die längst fällige Lohnzulage recht bald zu

bewilligen und dadurch die berechnigte Empörung der Arbeiter zu steuern.

Wiederholt ist auch der Einwand gemacht worden, daß ja nicht alle Arbeiter zu der untersten Lohnklasse zählen, da ein Teil von ihnen zu der Lohnklasse der angelernten Arbeiter gerechnet wird und somit den Anspruch auf die höhere Entlohnung hat. Soweit ist die Sache ganz gut, nur vergessen die Herren hinzuzufügen, daß man gerade diese Kategorie von Arbeitern recht gern am Gängelbände führen möchte, und deshalb alle nur denkbaren Vorwände benützt, um die Arbeiter um den zutreffenden Lohn zu bringen. Das gleiche trifft auch zu auf die Lohnklasse der gehobenen Handwerker. Erst nimmt man den Leuten Geld ab für die Schule, die sie besuchen müssen, wenn sie in die Klasse der gehobenen Handwerker gelangen wollen, und dann gibt man ihnen den versprochenen höheren Lohn erst nach vielen Vorstellungen und Laufsereien. Manchmal erhalten sie ihn überhaupt nicht, indem man sie recht oft die Arbeit wechseln läßt und dann sagt: Ja Ihr seid doch keine Einrichter und deshalb könnt Ihr auch nicht den höheren Lohn erhalten.

Auf diese Weise werden unzufriedene Arbeiter geschaffen. Die Arbeiterausschüsse bemühen sich immer und immer wieder, in den Zustand der Willkür geordnete Verhältnisse hineinzubringen, aber ihre Arbeit ist bisher nur von recht geringem Erfolge gekrönt worden. Die tüchtigsten Arbeiter werden zurückgestellt hinter anderen, die manchmal von ihrer Arbeit recht wenig verstehen, dafür aber das Abzeichen des blauen Kreuzes tragen. Das blaue Kreuz ist das Signum der Tüchtigkeit und verleiht ihren Trägern die Anwartschaft auf schnelles Avancement. Immer mehr Arbeiter und Handwerker sind zu der Erkenntnis gekommen, daß man die besonderen Lohnklassen nicht dazu geschaffen hat, um tüchtigen Arbeitern einen höheren Lohn zukommen zu lassen, sondern um sich eine Garde von Schmeichlern zu schaffen, die bereit sind, den anderen in den Rücken zu fallen.

Allerdings beweist gerade die letzte Lohnbewegung, daß die Herren mit ihren Berechnungen vollständig Schifferbruch erlitten haben. Immer mehr Handwerker und Arbeiter erkennen an, daß man sie getarnt hat und wenden sich von diesem System der Rückgratverlummung ab. Die letzte Lohnbewegung hat gezeigt, daß hinter dieser Forderung über 90 Proz. aller städtischen Handwerker und Arbeiter stehen. So hat das alte System der Günstlingswirtschaft den Todesstoß erhalten. An seine Stelle treten die Ideen der Solidarität.

Langsam aber sicher bricht sich der Fortschritt Bahn, und immer größer ist der Kreis der Arbeiter, die sich der Organisation anschließen. Ganz besonders in der letzten Zeit hat unsere Organisation eine große Anzahl Neuaufnahmen zu verzeichnen. Daraus geht klar hervor, daß die Arbeiter entschlossen sind, sich diesmal nicht mit leeren Worten abspenken zu lassen. Um dem schnellen Wachstum der Organisation vorzubeugen, haben manche Herren zu recht zweifelhaften Mitteln gegriffen. Sie ließen das strenge Verbot jedweder Agitation im Betriebe außer acht und trieben ganz offen Propaganda für die konservativen Stimmvereine, oder wie sie hier das alter Gewohnheit genannt werden, Strykervereine, allerlei religiöse Sekten usw. Alles umsonst!

Wir wollen hoffen, daß die maßgebenden Instanzen diesmal die Zeichen der Zeit richtig würdigen werden, und deshalb den städtischen Handwerkern und Arbeitern die längst fällige Lohnzulage nummehr bald bewilligen, denn damit erfüllen sie nur eine ihnen obliegende Pflicht.

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Politisches.

An das werktätige Volk in Preußen!

Vorstand der sozialdemokratischen Partei und Geschäftsführer der Ausdecker Preußens erlassen folgenden Aufruf:

Landtagswähler! Am 16. Mai d. J. finden die Urwahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus statt. Der bevorstehende Wahlkampf muß von vornherein zum Wahlrechtskampf gestaltet werden. Das seit 1849 zu Unrecht bestehende Wahlrecht ist in seiner ganzen Ungeheuerlichkeit schon vom Kaiserin Bismarck gebrandmarkt worden. Erst seitdem sich die Sozialdemokratie an den preussischen Landtagswahlen beteiligt, seitdem der Masse der Wähler zum Bewußtsein gebracht worden ist, wie rechtlos sie in Wirklichkeit ist — erst seit dieser Zeit kann von einem Wahlrechtskampf gesprochen werden. Dieser Wahlrechtskampf hat von Jahr zu Jahr größeren Umfang angenommen und ist nicht erfolglos geblieben. Sogar der König von Preußen hat sich von der Unhaltbarkeit des

Preussischen Wahlrechts überzogen müssen. In der Thronrede vom 20. Oktober 1908 ließ es wörtlich:

„Es ist mein Wille, daß die . . . Vorarbeiten über das Wahlrecht zum Haupte der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Bewußtseins sowie der Erhaltung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht. Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Ihre Bedeutung für das gesamte Staatsleben erfordert umfassende Vorarbeiten, die von meiner Regierung mit allem Nachdruck betrieben werden.“

Es ist gewiß beachtenswert, wenn sogar der König von Preußen die Notwendigkeit einer Wahlreform erkennt und in feierlicher Stunde erklärte, es sei sein Wille, daß das Wahlrecht fortentwickelt werden müsse. Wilhelm II. hat insofern nicht zum ersten Male seinen bestimmten Willen kundgegeben, ohne daß er imhinde gewiesen wäre, ihn zu verwirklichen. Stärker und mächtiger als selbst ein preussischer König sind die preussischen Junker. Sie haben den vom König nachdrücklich und feierlich verordneten Mittelstandeswahl ebenfalls glatt abgelehnt, wie sie die von ihm versprochene Fortentwicklung des Wahlrechts bisher verhindert haben und weiter zu verhindern bemüht sein werden. Die politische Macht für das Deutsche Reich auf dem preussischen Wahlboden. Die Erbärmlichkeit dieses Systems ist einzelnen zu erörtern, in hier nicht am Platze, nur an eine Tatsache soll erinnert werden: es erhielten bei der letzten Wahl 1908 die Aristokratenväter für rund 64.000 Stimmen 60 Mandate, die Sozialdemokratie dagegen trotz ihrer 600.000 Stimmen nur 6 Mandate. Das Zentrum, die Konservativen und die Aristokratenväter, die bei einem ähnlichen Wahlrecht insgesamt höchstens 161 Mandate besitzen würden, verfügen jetzt nur über 116 Mandate über die absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus. Und sie müssen diese Mandate in unbilligster Weise aus. Sie haben die Schule der Kirche untergeordnet; sie haben die Lehrer an die Ketten der Gemüthlichkeit gelegt; sie haben die Beamten und Unterbeamten in das denkbar unwürdigste Abhängigkeitsverhältnis gebracht, ihnen das Recht auf Beteiligung einer selbständigen Heberzeugung geraubt; sie haben den Hunderttausenden von Arbeitern in Staatsbetrieben sogar die Rechte genommen, die allen anderen Arbeitern für Aufbesserung ihrer Lebenshaltung zugehen. Im Masseninteresse der Beschäftigten besteht die schwarze Rote Mehrheit des Landtages auf allen Gebieten selbständig und volkshenlich. Sie vernachlässigt die elementarsten Pflichten sozialer Fürsorge gegenüber den Arbeitern und Beamten der Eisenbahnen, des Bergbaues, der Land- und Forstwirtschaft, sowie auf den Gebieten der Armen- und Waisenerziehung und des Wohnungswesens.

Die verkehrsfreundliche Junkerpolitik und das fiskalische Streben nach Heberziehungen hemmen die Fortentwicklung des Verkehrs wesens. Beim Steuerwesen begünstigt die schwarze Rote Mehrheit die schamloseste Steuererogerei der bestehenden Klassen, besonders aber der einbüchlichen Großgrundbesitzer, während sie den letzten Pfennig des Arbeitmannes zur Steuer heranzieht.

Die ganze Staatsverwaltung, das Gerichts-, Polizei- und Gefängniswesen wird von ihr in den Dienst der Herrschenden zur Unterstützung des Volkes gestellt. Die Selbstverwaltung der Gemeinden wird immer mehr zu erdrosselt versucht und dadurch die gesunde Entwicklung der Gemeinden unterbunden. Darunter leidet nicht nur Preußen selbst; das ganze Reich ist abhängig von dem Junkerhaute Preußen. Unerschrocken und unermüdet kämpfte dagegen die kleine Reaktion der Sozialdemokratie für die wahren Volksinteressen. Alle ihre Mühen scheiterten an dem brutalen Verhalten der Mehrheit, die ihre Grenzen lediglich dem „elendesten aller Wahlstrome“ verdankt. Unser Ziel ist es, diese Mehrheit zu beiseite zu räumen. Deshalb müssen im Wahlkampf alle Kräfte angespannt werden, um unseren Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

Der Wahlkampf fällt in eine schicksalsschwere Zeit. Die Feuerung wirkt noch in voller Kraft und wird verjährt durch die Kriegsgeschichte, die ganz Mitteleuropa seit vielen Monaten heimsucht. Die Kriegsheber und Kriegsinteressenten sind eifrig und erfolgreich am Werke gewesen, um die Verbündeten Regierungen zu einer neuen Seeresvorsorge zu treiben, die in ihren Forderungen alles übertrifft, was bisher dem deutschen Volke jemals zugemutet worden ist. Neue schwere Steuerlasten sind die unausbleiblichen Folgen der Seeresvorsorge. Die wachsende Unzufriedenheit der Volksmassen soll erndt werden durch börsliche Ausschüchelten.

Männer und Frauen des werktätigen Volkes! Bewein, daß ihr den Ernst der Zeit erkannt habt; zeigt, daß ihr gewillt seid zu kämpfen! Bereitet den Wahlrechtskampf vor! Schließt Euch den sozialdemokratischen Organisationen an! Wecht für diese Organisationen! Verbreitet die sozialdemokratischen Flugblätter und werbt Leier für die sozialdemokratische Partei! Wichtig muß der Wahlrechtskampf einleben, mit Entschlossenheit und Opferwilligkeit muß er durchgeführt, siegreich muß er beendet werden!

♦ Aus den Stadtparlamenten ♦

Berlin. Der von der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung des Etats eingesetzte Ausschuss hat seine Arbeiten in drei Sitzungen beendet, im Gegensatz zu früher, wo sechs lange Sitzungen nötig wurden. Der Etat hat erhebliche Änderungen nicht erlitten. Man hat beim Finanzamt eine halbe Million in Ausgaben getrieben und dafür die vom Magistrat für die Arbeiter eingelebte Einnahme um die gleiche Summe gekürzt. Bei 100 Proz. bleibt es nach wie vor. Soweit es sich um die Lohnfrage der städtischen Arbeiter handelte, erörtern sich Spezialdebatten bei den einzelnen Etats. Der Magistrat hat diesmal eine Million Mark in den Etat eingelebt zur Aufbesserung der Arbeitslöhne. Die sozialdemokratischen Vertreter im Etatsausschuss erörtern im Aufklärung darüber, in welcher Weise diese Mittel verteilt werden, insbesondere umziehen sie Auskunft, welche Arbeiterkategorien vom Magistrat berücksichtigt werden sollten. Eine solche genaue Aufklärung sei schon um deswillen notwendig, weil allem Anscheine nach der Kammerer sich über die Verhältnisse der Betriebsarbeiter der Gaswerke geirrt habe. Vom Magistrat wurde erklärt, daß eine Magistratskommission bei der Arbeit sei, die geeigneten Mittel auf die in Betracht kommenden Arbeitergruppen zu verteilen. Herr Stadtrat Jüdschke erklärte, daß die Arbeit so beschleunigt werde, daß öffentlich mit dem Beginn des neuen Etatsjahres die Arbeiter die erhöhten Löhne bereits erhalten könnten; er hoffe, auch der Stadtverordnetenversammlung vorher eine Uebersicht über die Bedürfnisse angeben lassen zu können. Von sozialdemokratischer Seite wurde noch bemerkt, daß in den letzten Jahren das Verhältnis der einzelnen Verwaltungen zu den Arbeitern und zu der Arbeiterorganisation ein besseres geworden sei; nur eine einzige Verwaltung mache hiervon eine wenig rühmliche Ausnahme. Das sei die Verwaltung der Strafkolonie. Dort führe der Direktor Sjalla noch heute ein Regiment, das der Stadt Berlin nicht würdig sei. Nach wie vor werden dort die Arbeiter wie Ketten behandelt. Es wird endlich Zeit, mit dem letzten Herrn ein ernstes Wort zu reden. Seit Jahren wollen die Klagen der Arbeiter über das persönliche Regiment des Herrn Sjalla kein Ende nehmen. Was die Frage der Angehülltenveränderung betrifft, so sind durch einen Beschluß der Verwaltungsbetriebe Schwereigkeiten entstanden, die man zu beheben bemüht sein will. Eine mit dieser Materie beschäftigte gemischte Deputation wird sich in Kürze mit der ersgültigen Regelung der Angelegenheit beschäftigen.

♦ Aus der Praxis der Arbeiterversicherung ♦

Abfindungen für Unfallrenten. Der Bundesrat hat unterm 21. Dezember 1912 eine Bekanntmachung über die Abfindungen von Unfallrenten beschlossen, die jetzt im Zentralblatt für das Deutsche Reich Nr. 1 veröffentlicht wird. Danach erfolgt die Verrechnung des Abfindungskapitals (an Stelle der laufend zu gewährenden Unfallrente zahlbar) bei Renten der Unfallverletzten in folgender Weise: Wenn die Abfindung im Laufe eines Jahres, vom Unfalltag an gerechnet, erfolgt, so ist das Viertel der Jahresrente zu zahlen. Erfolgt die Abfindung später, so richtet sich das Abfindungskapital nach dem inzwischen erreichten Alter des Verletzten und der seit dem Unfalltag verfloßenen Zeit. Für diese Verrechnung und für die Verrechnung der Abfindungen der Hinterbliebenen sind eine Anzahl veränderungsmathematischer Tabellen angehängt worden.

Eine Straßengardin, die auf dem Wege von und zu der Arbeit zum Austreten von Papier verpflichtet ist, ist auf dem ganzen Wege gegen Unfall versichert. Eine Frau, welche als Straßengardin im Dienste der Stadt J. hand, verunglückte auf dem Wege von ihrer Wohnung zum Rathaus, als sie im Begriff hand, Papier von der Straße aufzubeten. Dieser Unfall wurde als Betriebsunfall anerkannt und der Verletzte eine Rente zugesprochen. In der Begründung der Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 21. Dezember v. J. heißt es: „Durch die Vereinbarung der städtischen Verwaltung J. in der Beweis erbracht, daß die Frau als Straßengardin verpflichtet war, auf ihren Wegen zu und von der Arbeit im Rathaus etwa auf der Straße liegendes Papier zu besorgen. Durch diese Anweisung ihrer Arbeitgeberin war die Verpflichtung zu Wahrnehmung von Betriebsverrichtungen für die Verletzte zeitlich und örtlich auf den Weg erkräft worden, den sie zu und von ihrer Arbeitsstätte im engeren Sinne zurück legen mußte. Die Strafen, die sie auf diesem Wege übernahm, waren dadurch, daß sie auf ihr zur Verteilung von Verteilungsmitteln verpflichtet war, für sie zur Arbeitsstätte. Sie befand sich auf einem solchen Wege im Sinne des Betriebes. Wenn ihr bei dem Gang ein Unfall zugefallen ist, so hat er sie bei einer Tätigkeit betroffen, die sie im Betriebe vorgenommen hat.“

• Aus unserer Bewegung •

Mitna. In der Bezirksversammlung am 11. d. M. wurde von Reichs ein Mandat auf das Geschäftsjahr 1912 gegeben. In der Debatte wurde darauf hingewiesen, daß mehrere Hundert Altmitglieder der hiesigen Arbeiter in unserem Verbande noch nicht angehören und daher die unerlässliche Pflicht der Verbandsmitglieder ist, diese Mitglieder zu benutzen, diese Kollegen über das Wesen und die Bestimmungen des Verbandes aufzuklären und sie möglichst immer sofort in den Verband aufzunehmen. Mit den Worten, man solle nicht überlegen, daß man sich nicht zufrieden geben. Ausdem bestritt Schönbörg über die Feuerungszulage betreffenden Verhandlungen im Stadtverordnetenkollegium. Herr Teobürger, Herr Schnadenburg hat gesagt, es solle demnach eine Feuerungszulage mehr eingeführt und die Wartezeit hinsichtlich der Zulagen würde gekürzt werden. In dieser Form würde eine Ausbesserung der Löhne eintreten. Allein diese Regelung würde nicht den Arbeiter befriedigen können. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten beantragten: Die im unmittelbaren Dienste der Stadt Mitna stehenden Personen, mit Ausnahme derjenigen, die im Januar oder als Leanté angestellt sind, erhalten ab 1. April 1912, bis auf weiteres eine Feuerungszulage. Die Zulage soll möglichst betragen: für weibliche und jugendliche Personen, letztere bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, sowie Arbeiter mit einem regulären Verdiensteinkommen von 5 Mk. und mehr, 20 Pf. täglich; für alle anderen von 10 Pf. täglich. Diese Zulage wird bei der Vergütung von sonstigen planmäßigen Leistungen (Nebeneinkunden und Arbeiten an Sonn- und Feiertagen) nicht in Anrechnung gebracht. Dieser Antrag wurde der Kommission für die Gas- und Wasserwerte zur Prüfung und dann dem Magistrat zur Entscheidung vorgelegt. Aber auch wir werden die Sache verfolgen und darauf hinwirken, daß die Arbeiterschaft der Verhältnisse gemäß berücksichtigt wird. Einer längeren Kritik wurden die Sachverhalte für die Arbeiterausschüsse unterzogen. Diese Angelegenheit wurde an anderer Stelle noch besonders zu behandeln sein. Ihre Würdigung der Mitteilung, nachdem der Delegiert für Arbeiterangelegenheiten, Herr Senator Schönbörg in öffentlicher Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums betont habe, die Auslegung der Allgemeinen Arbeiterordnung sei allein Sache des Magistrats, würden wir nunmehr einiger kritischer Fragen wegen fragbar werden müssen. In erster Linie müßte Klage erhoben werden, wegen der verminderten Vergütung der Sonntagsarbeiten als nicht dem entsprechenden Arbeit. Der Magistrat sei absolut nicht befugt, allein und einseitig über die Bestimmungen des Arbeitsvertrages zu entscheiden. Mit einer Arbeiterorganisation könne man so nicht widerstandlos und ungegrübelt umgehen. Die Zukunft werde es lehren.

Berlin. Die Straßenreiniger hatten Ende Februar im Anfang März acht Bezirksversammlungen einberufen, welche sich mit der letzten Delegiertenwahl zur Betriebskassenkassette der Berliner Straßenreinigung befaßten. Die Wahl stand im Zeichen des Kampfes um die Erweiterung der Kompetenzen in dem geistlich möglichen statutarischen Rahmen. Sie forcierten die Verbandsstellen schon seit Jahren die Ausdehnung der Unternehmungsleistungen auf die Familienangehörigen der Mitglieder, ohne dafür bei der gegenwärtigen Dirich Dunderden die Mehrheitsmehrheit in der Massen-Generalversammlung das gesamte Verständnis zu finden. Nichts lag daher näher, als der Verbandsversammlung der Straßenreinigungskassette mit der großen Betriebskassenkassette der Stadtgemeinde Berlin, welche alle anderen hiesigen Betriebe umfaßt und die Familienversicherung eingeführt hat, das Wort zu reden. Das war das Signal für die Dirich Dunderden, um mittels einer struppeligen Wahlmache und unter Anlehnung an den heimlichen Egoismus der Massenmitglieder über die Meinung der Verbandsdelegierten aus größtmöglicher Verdächtigung zu sprechen. Leider verfehlten diese traurigen Mittel auch hier ihre Wirkung nicht; denn eine größere Anzahl Wähler verlor den Verstand und schenkte die Gefolgschaft, jedoch sämtliche 41 zu wählenden Delegierten in die Hände des Kreisvereins (S. D.) fielen. Immerhin brachten es die Verbandsmitglieder der 400 Mitgliedern in anderer Sektion noch auf 55 Stimmen. Gemüht hat den Dirich Dunderden die ganze Kampagne allerdings nichts, da die ganze Wahl auf Grund eines Putschversuches vom 31. Oktober v. J. rechtlich ungültig ist. Davon wußte der von ihnen beherrschte Massenvorstand nichts, obwohl die Zeitung "Die Betriebskassenkassette" am 25. November 1912 darüber schon berichtete. Heber alle diese Vorgänge überließen die Bezirksversammlungen eingehend die Kollegen zu Wort und Wahl, indem sie die Resolutionen der Dirich Dunderden und die Vagabunderei in ihren Flugblättern zerpulverten. Die Berichte der von den letzteren Abgeordneten, sich zuzuwenden, schlugen in der Gegenwart um. Zum Teil übten sie die Wogenentlastung, erklärte sich einer von ihnen, über den Kompromißpunkt, die Familienversicherung, rede er überhaupt nicht! Andererseits schimpften die Wähler wieder wie die Kobripathen. Ein wegen seines forschenden Schwadronierens allerdings nicht ernst zu nehmender S. D. -Kämpfer.

kämpfte kläffte den Kollegen Wahl persönlich an und vertiefte sich schließlich zu der unerschütterlichen Behauptung, daß die Verbandskollegen öfter mal haustrank würden, um mittels der empfangenen Krankenunterstützung die "hohen" Beiträge zahlen zu können. Freilich! Von solchen zweifelhaften Zeitgenossen müßten Arbeiter, die auf Meinlichkeit hielten, energisch abraden. Die dem Gedanken gaben die Meinerenten in den Versammlungen mit Recht entscheidenden Ausdruck. — Zu einem solchen Reinigungsprozeß bieten die am 29. März stattfindenden Neuwahlen zum Arbeiter-Ausschuß die beste Gelegenheit. Heber die auf Grund der Anträge der Verbandskollegenchaft verbesserten Bestimmungen für die Tätigkeit der Ausschüsse erörterten die oben genannten Kollegen ebenfalls in den Bezirksversammlungen. Es wurde die Bedeutung der einzelnen Verbesserungen nachgewiesen und den Kollegen ans Herz gelegt, bei der Wahl lebhaft für die Verbandskandidaten einzutreten und damit einer selbstbewährten und von der Solidarität mit allen hiesigen Arbeitern getragenen Interessenvertretung die Wege zu ebnen. Natürlich müßten sich in der Diskussion wiederum Kreisvereine ab den Vertretern der Straßenreinigung eben diese Solidarität als schädlich hinzustellen. Die "Nagel nach dem Glanz" von Seiten der einzelnen ließe dem Streben nach Idealen entgegen, so verhielte man. Geradezu grotesk wirkten aber die "Veränderungen" einiger Dirich Dunderden, daß die neuen Bestimmungen für die Arbeiter-Ausschüsse nicht von der Verbandskollegenchaft durchgesetzt, sondern vom Magistrat "ohne jedwede Anrechnung" den Arbeitern beider werden sind, ja, daß die Feuerungszulage dem Kreisverein zu verdanken ist. Solchen blühenden Mühen kann kein Kollege ernst nehmen; denn er steht mit den allemöglichen Tatsachen doch zu sehr auf dem Kriegsfuß. Zur Arbeiter-Ausschuß-Wahl wird in kurze noch eine allgemeine Versammlung der Straßenreiniger einberufen werden. Möge jeder Kollege seine Pflicht tun, um einen Arbeiterausschuß zustande zu bringen, der Schulter an Schulter mit der Gesamtwerkerschaft Berlins für die Verbesserung der Existenzbedingungen aller hiesigen Arbeiter kämpft. Nur Einigkeit macht stark!

Gassel. Am 8. März d. J. fand im Lokale Wittrod eine stark besuchte Versammlung statt, in der Reichstagsabgeordneter Düllmann über "kommunale Sozialpolitik" sprach. Redner streifte auch die Verhältnisse hier am Plake und sprach sein Bedauern darüber aus, daß von der Stadtverwaltung die Rentenhöhe nicht höher gesetzt sind. Wie kann ein Familienvater mit 3,50 Mk. Verdienst pro Tag bei den heutigen teuren Lebensmittelpreisen seine Familie ordnungsgemäß ernähren? Zu bedauern ist auch, daß bei den Feuerhausarbeitern des Gaswerks der Achtundzwei für das Winterhalbjahr noch nicht eingeführt ist, sondern nur für die Zeit vom 1. April bis zum 1. Oktober. Die Arbeit ist doch im Winter gerade so anstrengend wie im Sommer und die Gesundheit der Arbeiter bei der reichenden langen Arbeitszeit ist stark gefährdet. Schuld an solchen Verhältnissen sind einerseits die hiesigen Arbeiter selbst, weil es noch so viele gibt, die es nicht für nötig halten, sich der Organisation anzuschließen; andererseits, daß nicht zur Genüge Arbeitervertreter im Stadtparlament sitzen. Deshalb sollten die hiesigen Arbeiter die Organisation stärken und dafür sorgen, daß zukünftig freie Männer in das Stadtparlament einziehen und keine Beamten, die unter dem Druck ihrer Verwaltung stehen und nicht in der Lage sind, frei für die Interessen der Arbeiter zu wirken. In der Diskussion wurde von verschiedenen Seiten der Wunsch ausgesprochen, erneut ein Schreiben an die Stadtverwaltung zu richten um Bewilligung einer Feuerungszulage. Der Antrag wurde angenommen und der Fiskusvorstand beauftragt, das Nötige zu tun. Mit einem kräftigen Appell, das Gebot zu beherzigen, schloß Kollege Auel die Versammlung. Aufgenommen wurden 10 Mitglieder.

Hamburg. Die Generalversammlung am 28. Februar d. J. im Gewerkschaftshaus bewilligte für 38 durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit oder Sterbefälle unverändert in Not geratene Mitglieder 691 Mk. als Extraunterstützung. Die ab 1. Januar 1912 zu zahlenden Beiträge zur Kapitalangelegenheitsversicherung sollen vollen Umfangs aus der Vorkasse bestritten werden. Der abermalige Antrag zum Gewerkschaftshausfonds von 2 Mk. pro Mitglied soll ebenfalls der Vorkasse entnommen werden. Heber den von Schönbörg ermittelten Geschäftsbericht entpinn sich eine längere, aber sachliche Aussprache. An dem brosiert herausgegebenen Jahresbericht wurde moniert, er sei der Anordnung des Stoffes nach nicht genügend übersichtlich, daher kein gutes Nachschlagswerk; der die Mitgliederbewegung betreffende Teil sei mit seinen langen Angaben zurückhaltend, zu summarisch abgefaßt; über unsere Beziehungen zum Verbandsvorstand werde kein Wort ausgesprochen, den Mitgliedern werde nicht bekanntgegeben, ob und wie der Verbandsvorstand seinen Obliegenheiten nachkomme; die Stellung Groß-Hamburgs zur Tagesordnung des Verbandslages in München sei ebenfalls nicht erwähnt. Es sei ferner zu tadeln, daß der Fiskusvorstand unterlassen habe, die Anstellung eines dritten Sekretärs zu beantragen. Denn an Agitation könne nicht genug getrieben werden. In dieser Hinsicht hätten es aber auch die meisten Mitglieder, und insbesondere die Vertrauenspersonen an dem nötigen Eifer fehlen lassen; wer dem Verbands nicht mindestens ein neues Mitglied zuführt, habe seine Pflicht nicht er-

füßt. Wer hierzu unter seinen Kollegen auf der Arbeitsstelle keine Gelegenheit finde, werde aber sicherlich unter seinen Verwandten, Nachbarn und sonstigen Freunden und Bekannten noch unorganisierte staatliche und städtische Arbeiter und Angestellte antreffen. Bei feilschen familiären Veranstaltungen und sonstigen ähnlichen Vergnügungen solle man freiwillig in schlichten Worten erklären, mit Unorganisierten lege man sich nicht gern an einen Tisch. Auf diese Weise sei es oftmals leicht, dem Verbands Mitglied zu gewinnen. In den letzten zehn Jahren hätten wir eine Reihe von Vorteilen erreicht, die Unorganisierten könnten alles mit genießen, und wenn sie nun trotzdem immer noch abseits ständen, die meisten nur deshalb, um sich von der Beträgen zu drücken, so sei das nicht nur unkollegial und unridarisch, sondern geradezu eine Pflichtverletzung. Was im Berichtsjahr nicht gelang: den Rentnerentzug und die Witwen- und Waisenfürsorge zu erreichen, müsse 1913 energisch betrieben werden; in Altona, Wandersiel und Scharburg hätten wir gleichfalls größere Aufgaben zu lösen, und deshalb sei es Pflicht aller staatlichen und städtischen Arbeiter und Angestellten, ohne Unterschied der Dienststellung und sonstigen Umstände im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zusammenzutreten. Dem nur dieser Verband könne die dem Grunde nach gleichen Interessen sämtlicher in den staatlichen und städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter aller Kategorien mit Erfolg vertreten. Durch noch mehr Aufklärungsarbeit sei die Erkenntnis von den quantitativen und qualitativen, heute aber auch allgemein unrichtigen und sozialen Verhältnissen zu vertiefen. Infolgedessen müsse 1913 drängen, was 1912 noch verfrüht lasse. Sämtliche Verbandsmitglieder, soweit ausgenommen, der an seine Stelle treten ließ, würden wiedererwählt; desgleichen die Revisoren und Kontrollen. Damit wären die Verhandlungen beendet, und mit dem Vorbehalt, im jetzt beginnenden neuen Geschäftsjahr mit Ausdauer eifrig im Interesse der Allgemeinheit der Staats- und Gemeindearbeiter und damit für die Organisation zu wirken, trennten sich die Verbandsleiter und -kollegen.

Möln. Die Arbeit hatte für den 9. März d. J. eine öffentliche Versammlung aller städtischen Arbeiter einberufen. Diese waren denn auch zahlreich erschienen, um einmütig Freies zu erklären gegen die Verschleppungstakt der Stadtverwaltung und des Ausschusses der Mölner Handelskammer. Das Referat hatte allerdings Mölner-Vertrauen übernommen, der eingehend die Situation schilderte. In der nachfolgenden Diskussion wurde lebhaft Mißtraue darüber geäußert, daß man wohl das Internementum, aber nicht die Arbeiterausbildung über ihre Meinung zur Arbeitszeitverkürzung befrage. Die Berechnung der entsprechenden Mieten wird als sehr unrichtig hingestellt. Aber auch das Verhalten der Zentrums-"Christen" in was dazu angeht, daß man sich niemals der Hoffnung hingeben kann, diese Leute würden es mit der Vertretung der Arbeiterinteressen ernst meinen. Die kommenden Arbeiterausbildung müssen müssen dazu benutzt werden, dieser Gewerkschaftsübernahme einen Denkzettel zu geben. Nachdrückliche Resolution fand einmütige Annahme: "Die am 9. März im Rathaus tagende Versammlung der städtischen Arbeiter und Handwerker nimmt mit Bedauern Kenntnis von der schleppenden Behandlung der Einmütigkeit der Arbeitszeit. Sie verurteilt die Methoden, mit denen versucht wird, die Forderungen als unerfüllbar darzustellen. Die Versammelten können in dem von der Mölner Handelskammer erstatteten "Gutachten" keine einwandfreie Stellungnahme erblicken, zumal diejenigen Gewerbe und Industrien, die bereits den 9-Stundentag und kürzere Arbeitszeiten haben, bei der Umfrage nicht berücksichtigt wurden. Die Versammlung erklart in dem "Gutachten" einen unbedingten Eingriff in die Interessenpolitik der städtischen Arbeiter, die nicht nur Arbeiter, sondern auch Bürger der Stadt Möln sind. Die Forderungen des "Gutachtens" neben in offenem Widerspruch mit den praktischen Erfahrungen, die mit der Verkürzung der Arbeitszeit gemacht wurden, und lassen allzu deutlich die Feindschaft des Internementums gegen den sozialen Fortschritt erkennen. Die Versammelten erwarten daher, daß die Stadtverwaltung unbeschadet der Stellungnahme der Handelskammer die berechtigten Forderungen baldigst zur Durchführung bringt. Sie beantragen die Organisationsleitung und die Arbeiter auschüsse, in diesem Sinne zu wirken, deren Tätigkeit durch weiteren Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation einer wirksamen Unternehmung sicher ist." Nach einem Appell an die städtischen, raitlos für die Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Stralburg. Eine gründliche Enttäuschung erlitten am 9. März diejenigen städtischen Arbeiter, die immer meinten, der uns in Stralburg wird es ja doch nichts, als sie den Versammlungsbescheid im Rathaus "Der goldenen Taube" haben. Kein niemals können die Kollegen so einzig als mit an jenem Tage, wo zu dem Entwurf einer neuen Arbeitsordnung Stellung genommen wurde. 80 städtische Arbeiter laschten dem Referenten Adolf Weigel zugehört, als er das Thema behandelte: "Das Arbeitsverhältnis der städtischen Arbeiter und die neue Arbeitsordnung". Anschließend fand eine rasche Diskussion statt. Sollten die Herren in den nächsten Versammlung beim Bescheid, die werden aber wieder falschen Meinung laziert werden, daß die Arbeiter von antiken lebenden Personen aufgeputzt werden. Als Gast war der Ge-

meindebevollm. Abler (Zentrum) erschienen, dem es aber weniger darauf ankam, die Wünsche der städtischen Arbeiter zu belegen, sondern mehr als Kellame für den Verband mit dem christlichen Ausschuss zu dienen. Die Herren müssen ja solche Versammlungen besuchen, weil ihnen die städtischen Arbeiter trotz aller schönen Versprechungen nicht in die geheimen Versammlungen folgen nachlaufen. Abler verstand es schlecht, seiner "guten" Sache zu dienen. Was er vorbrachte, war weder Neues noch einladendes. Bei Beginn seiner Rede verhielt Abler einen Trümpf auszuspielen, indem er meinte, im Gemeindefollegium werde er als Sozialdemokrat gehalten. Doch blieb der von ihm erwartete Anfall der Versammlung aus. Weil dieses Mittel nicht zog, meinte er weiter, die Worte des heutigen Referenten sind nur meine Worte, die ich in der Kommission gesprochen habe. Er verwies dann darauf, wie die Eingabe eines Herrn Weigel im Kollegium abgelehnt wurde, die Abler sofort vollinhaltlich zu der Sitzung machte. Ferner machte Abler die interessante Mitteilung, in einer Kommissionsitzung seien die städtischen Arbeiter geradezu gemein behandelt worden. Worin die gemeine Behandlung bestand, hat uns Abler jedoch nicht verraten. Vielleicht gibt die Kommission oder der Magistrat nähere Aufklärung. Abler brühte sich dann mit seinen "Verdiensten" um die Verbesserung der städtischen Arbeiter, besonders bei der Lohnerhöhung von 1 Pf. für die Gasarbeiter. Wertvoll war das Gehändnis des Herrn Abler, daß ihm im Kollegium von anderen bürgerlichen Vertretern gelobt wurde, er solle nicht so geizig werden, sonst müße ihm sein Arbeitgeber entfallen. Daß die christlichen Arbeitervertreter in den Parlamenten keine Zeit haben, weil man schon länger; daß sie aber ihre Einflußlosigkeit in einer Versammlung öffentlich zugeben, ist noch nicht beige wiesen. Ist es es auch verständlich, warum die beiden Vertreter der christlichen Arbeiter in letzter Zeit so kleinlaut geworden sind, wenn es galt Arbeiteranträge zu vertreten. Ich habe mir das Recht vermerkt und will es nicht widerrufen, so lautet der allgemeine Grundgedanke christlichen Arbeiterführer. Abler gestand, er wäre bei der letzten Aufbesserung für die Stralburger städtischen Arbeiter auf einen Tauch eingegangen. Er hätte ein Christkindgeheim über Lohnaufbesserung vorgelesen. Waren die Geister der Versammelten bei diesem Gehändnis schon lang, so wurden sie aber begeistertenweise noch viel länger, als Abler eröffnete, daß die Christkindgratifikation 5 Mk. pro Jahr und Arbeiter betragen soll. Sind auch die 10 Pf. Aufbesserung ungenügend, so sind es doch bei 200 Arbeitstagen 20 Mk. pro Jahr. Und diese 30 Mk. wollte der christliche Arbeitervertreter für das Christkindgeheim von 5 Mk. verstaatlichen. Wer jetzt von den städtischen Arbeitern noch nicht weiß, wozu er gehört, dem ist wahrhaftig nicht zu helfen. Zum Schluß demerte Abler gegen einige Gemeindevorsteher und meinte, der letzte Vorstoß sei nur durch den Unverstand der Sozialdemokraten ins Kollegium eingezogen. Dann tief er den Versammelten zu: "Schaut, daß ihr einen Sozialdemokraten in das Kollegium bringt." Damit hat Abler weiter dokumentiert, daß die Zentrumskritiken als Arbeitervertreter keinen Wert haben. Gehand er doch selbst ein Abänderungsanträge um Verbesserung nicht mehr stellen zu wollen. Schließlich rief Abler den Arbeitern, bei Stellung von Forderungen zusammenzugehen, gleichviel, ob christlich oder nicht organisierte Arbeiter in Frage kommen. Ihm sei hier gesagt, daß ein Zusammengehen uninteressant mit den Christlichen gewollt war, die Christlichen es aber ablehnten. Der Einladung zur Kommissionsitzung zu folgen. Das machen diese Herren ja immer, wenn es gilt, praktische Arbeit zu leisten. Sie wollen sich, wie die "Gewerkschaftsstimme" einmal eingeklagt, nur dazwischen mengen, wahrlich einnehmlich um einen Neil zwischen die Arbeiter zu treiben. Die Versammelten ließen sich auch nicht irren machen. Sie beschloßen trotz Gegenmeinung des Herrn Abler Abänderungsanträge an den Magistrat zu stellen. Eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme. Mehrere Aufnahmen für unseren Verband war der agitatorische Erfolg der Versammlung.

• Theaterarbeiter •

Zur Bewegung der Münchener Theaterarbeiter. Das technische Personal des Münchener Operntheaters und des Zirkuspalastes, das im Jahre 1910 von den "Christlichen" zu unserem Verband abtrat, ward im Dezember 1912 in einer Versammlung, zu deren Zeitpunkt hier nachah der von den Christlichen schon 1908 abgeschlossene Tarifvertrag ab, wozu es auch heute Zeit war. Wenn wir noch einmal auf die Angelegenheit zurückkommen, so beobachten der christliche Verband der Gemeindevorsteher, denen Mandate zuteil wurden, vor nicht allzu langer Zeit dem Richterliche aus zu deutet wurde, daß er mit unbedeutenden Produkten beunruhigt, in Nr. 5 des christlichen Verbandes in einem Artikel mit dem Titel "Gewissenlos" Zehn's und Erde bei den Theaterarbeitern" einen inhumanen Vorkommnis von sich gegeben hat. In dieser Zusammenhang sind die Sache so darzustellen, als es christliche Verband haben die meisten Entgelte für die Theaterarbeiter erzielt hatte. Zudem die Tatsache, daß nach und nach alle Theaterarbeiter dem christlichen Verband "abtraten" letzten, noch

Das Gegenteil hin. Schmerzlich mag dieser Verlust ja sein; schon deshalb, weil es geradezu zur händigen Uebung gehörte, daß der christliche Bezirksleiter bei dieser Gruppe der Theaterarbeiter auf deren Kosten zunächst ein frugales Mahl schmecken ließ; er seinen Speech los, so ließ er sich in einer Trojste nachhüttschieren. Mit dieser doch etwas übertriebenen Aufmerksamkeit haben freilich die Führer des freien Verbandes aufgeräumt. Es ist nun richtig, daß die „Christlichen“ im Jahre 1908 mit der Direktion beider Theater einen Tarifvertrag abgeschlossen haben. Einen Vertrag allerdings, der in der Hauptsache nichts anderes als die Pflichten der Arbeiter enthielt. Neben diesen Verträgen für die einzelnen Arbeiter Sonderverträge, so daß schon der mit der christlichen Organisation geschlossene Vertrag in jeder Hinsicht völlig gegenstandslos wurde. Dazu mußten im Jahre 1909 200 Mk. Maution gestellt werden, von der jeder Arbeiter einen Betrag von 20 Mk. in Abzug gebracht wurde, der von der Organisation dann wieder zu ersehen war. Beim Abschluß mit dem freien Verband im Jahre 1909 verdrängten die Herren Stallberg-Schneiderer die Arbeiter zu überflüssigen. Die Belege dafür sind in den uneres Verbandes. Abschluß versuchte es die Direktion im Jahre 1912, als von unserem Verbands ein neuer Verbandsvertrag eingereicht war. Am 14. November 1912 teilte die Direktion der vereinigten Theater (Gärtnertheater und Schauspielhaus) unserer Verbandsleitung mit, daß sie voraussichtlich in den nächsten Tagen auf die Tarifangelegenheit zurückkommen wird. Es mußte die Verbandsleitung schließen, daß die Direktion in dieser Weise in Verhandlungen eintreten wolle. Aber schon unterm 1. Dezember hat die Direktion ein Schreiben an die Mitglieder unserer Verbandsleitung hinausgehen lassen, mit der Einladung, am 1. Dezember zwecks Aufsperrung über den Tarifvertrag im Bureau zu erscheinen. Die Verbandsleitung ließ daraufhin die Direktion wissen, daß diese Art des Vorgehens sehr merkwürdig sei und daß der Beschluß der Versammlung des technischen Personals nicht der Direktion zustünde, sondern der Verbandsleitung, bezw. die speziell für diese Tarifkommission zu Verhandlungen beauftragt sei. Darauf antwortete die Direktion mit der Erklärung heraus, daß sie mit der Organisation überhaupt nicht verhandeln wolle. Auch beim Tarifvertrag, das um seine Vermittlung gegangen war, verweigerte die Direktion auf diesem Standpunkt und ließ dem Personal wissen, daß sie 5 Prozent Lohnerhöhung geben wolle. Nach Lage der Dinge und nachdem das technische Personal mit irenigen Ansuchen nicht organisiert war, war bei dieser Weigerung auf Abschluß eines neuen Tarifvertrages mit dem Ausschub eines Streites zu rechnen. Einige inzwischen abgetatene Versammlungen erklärten die allgemeine Abstimmung wiederholt, darauf zu bestehen, daß die Direktion und Organisation verhandelt werden. In dem verhandelt es ein paar im Schauspielhaus beschäftigte Arbeiter im Interesse der Direktion einige Leute umzuwandeln, die sich durch eine schriftliche Mitteilung zur Verfügung der Direktion stellten, dies, nachdem eine Lohnerhöhung von 7 Prozent angenommen war, wobei noch am Tage vorher eine Aussperrung nahe bevorstand. Der übrige Teil des Personals vom Schauspielhaus wurde ebenfalls umhüllt und unterzeichnete das fragliche Ultimatum ebenfalls. Bei dieser Sachlage war es nun ein vergebliches Bemühen gewesen, das handarbeit gebundene Personal im Gärtnertheater in den Kampf zu führen. Ware das geschehen, so hätten die „Christlichen“ wohl hören können über die Unannehmlichkeiten des freien Verbandes usw. Aber immerhin konnten auch in diesem Anfall eines Teils des Personals noch ganz bedeutende Erfolge errungen, die jedenfalls weit über das hinausgehen, was vom christlichen Verbands erzielt wurde, errungen werden. Die Lohnforderungen wurde schließlich erreicht für:

8 Arbeiter	= 96,-	Mk.	1 Arbeiter	= 150,-	Mk.
17	= 108,-	"	3	= 180,-	"
12	= 120,-	"	1	= 240,-	"
19	= 152,-	"	2	= 240,-	"

Das ergibt pro Jahr eine Lohnerhöhung von 5310 Mk.; auch den Ausbehalter erzielten monatlich um 7 Mk. mehr. Der Streik wurde auf 8 Tage verlängert; außerdem bezahlt die Direktion die Verträge zur Christenankasse und leitet auf die Dauer von November einen Zuschuß zum Krankengeld in der Höhe, daß der Krankengeld voll erreicht wird. Wie man sieht, sind die Erfolge der Direktion, daß sie sich in dieser Zeit der wirtschaftlichen Depression nicht wehrhaben lassen können, woran auch das „Christliche“ Gebeite nicht ändern kann. Das Personal vom Schauspielhaus und insbesondere auch jenes vom Gärtnertheater steht nach wie vor sehr zu dem freien Verband. Gerade für das Gärtnertheater glauben wir schon in der nächsten Zeit einen ganz bedeutenden Erfolg machen zu können. Aber auch für das Personal der vereinigten Theater (Gärtnertheater und Schauspielhaus) müßte sich bald wieder ein Anlaß ergeben, aus neue die Waffen zu erproben. Denn die Organisation ist durch keinen Vertrag gebunden und die mit ein paar Arbeitern abgeschlossenen Verträge erlauben es, im geeigneten Zeitpunkt neuerdings in eine Bewegung einzutreten. F. S.

♦ Gerichts-Zeitung ♦

Die wahrheitsliebenden „Christen“ in Stuttgart. Lange Zeit bemühten sich die „Christlichen“ in Stuttgart erfolglos damit, durch ihre bekannten Cuertreibereien, auch unter den städtischen und staatlichen Arbeitern Mitglieder zu fördern. Als Helfer in der Not fand sich schließlich auch eine jener edlen Seelen, die unter der Arbeiterschaft leider noch nicht vollständig ausgefordert sind, in der Person eines, durch raschen Austritt aus dem Transportarbeiterverband dem sicheren Ausschluss zuvorgekommenen ehemaligen Straßenbahnners und jetzigen Arbeiter des städtischen Reinigungsamtes. Aber trotz dieser eifrigen Hilfe wollte es noch nicht vorwärts gehen und auch bis heute haben die Herrschaften noch keinen nennenswerten Erfolg zu verzeichnen. Das Räderbügel sogenannte „christliche Gemeindearbeiter“ setzt sich noch beinahe ausschließlich aus ausgeschlossenen oder wegen Schulden getriebenen ehemaligen Mitgliedern des freien Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes zusammen. Bei dem heißen Bemühen, Mitglieder zu fassen, wollte das „Christliche Erststättel“ auch nicht untätig bleiben, und versuchte eine besonders schlaue Disziplin dadurch auszuüben, daß es bei der Stadterwaltung beantragte, für die Arbeiterauswahlwahlen an Stelle des Votumwahlverfahrens den Proporz einzuführen, um auch den Kinderheiten der städtischen Arbeiter eine Vertretung in dem Arbeiterauswahl zu ermöglichen. Werkwürdigerweise ging der Gemeinderat darauf ein und genehmigte den Antrag. Ob man auf dem Rathaus auch auf die Sache eingegangen wäre, wenn der Fall umgekehrt gelegen hätte, möchten wir bezweifeln. In den hochtrabenden Neben feierte man den „Sieg“ im Christenlager, aber bei den kurz darauf vorgenommenen Arbeiterauswahlwahlen folgte dem Siegesrausch ein gründlicher Misserfolg. Dort war es den Cuertreibern nur beim Reinigungsamt möglich, Kandidaten zu finden, jedoch anstatt der heben notwendigen Namen wurden nur drei genannt, die auf dem Stimmzettel summiert standen. Bei der Abstimmung erhielten sodann in diesem einzigen von 13 Betrieben bei 270 abgegebenen Stimmen jenseits der „Christen“ ganze 20. Nach dieser Schlappe versuchte man ein anderes Mittel, und zwar mittels der bei den „Christen“ von jeher mit Vermittlung gehandhabten Waife der Verleumdung. Als Ablagerungstätte für all den Unrat, mit dem die freie Organisation besetzt wurde, benützte man ausgerechnet „Die Reichspost“, das Organ der Monstrationen. Der erhoffte Erfolg schlug aber in das Gegenteil um, weil verschiedene „christliche Organisations“ es absolut nicht begreifen konnten, daß das Organ der Erreaktion auf einmal ihr Sprachrohr sein sollte. Nicht Mitgliederbezeichnung war deshalb der Erfolg, sondern Mitgliederverdrängung. Auch hatte es verschiedene der Arbeiter verdrängt, daß durch Reichspost Artikel der Betriebsvorstand des Reinigungsamtes in der widerwärtigsten Weise umschmeichelt und gegen Verwurfe verteidigt wurde, die in der „Schw. Tagwacht“ erhoben waren. Herr Oberinspektor Murrer dürfte von der „Disziplin“ der „Christen“ wohl noch weniger als von der Kritik des freien Verbandes erbaunt gewesen sein. Auch einen Terrorismusfall nach echter Reichsbundemanner konstruierte man durch die Behauptung, daß unser Gemeinderat Altvater als Redaktionsführer der Kantone der Reichskolonie des Reinigungsamtes seinerzeit einem nichtorganisierten Arbeiter des Betriebes seinen Anteil an dem jährlichen Mantinen-Heberzuschuß vorenthalten hätte mit der Begründung: „Du bist kein Mitglied, weil Du nicht Mitglied bei uns bist.“ Man muß zu vermeiden, daß nicht auch dieser „Fall“ in kurzer Zeit in einer der famosen „Sammlungen“ des Reichsbundes erscheint, strengste Kollege Altvaterilage an und das Resultat war, daß der aufgeboteene Kronzeuge benötigten mußte. Altvater habe in jeder Beziehung einwandfrei gehandelt. Altvater habe in jeder Beziehung einwandfrei gehandelt. Der Zeuge gab sogar unanfechtbar zu, daß Altvater weiter gegangen sei, als er verpflichtet war, indem er ihn noch besonders auf die Betriebsversammlung aufmerksam machte, welche über die endgültige Verteilung des Heberzuschusses Bescheid sagte, und daß er nur deshalb seinen Anteil an dem Heberzuschuß erhalten habe, weil er nicht zu dieser Versammlung gegangen sei. Nach diesem kläglichen Ergebnis der Aktion gegen die verlästerten „Arten“ war man natürlich froh, daß Altvater nicht auf einer Verurteilung beharrte, sondern sich damit zufrieden gab, daß der erhobene Vorwurf mit dem Ausdruck des Bedauerns in der „Reichspost“ zurückgenommen und die sämtlichen Unkosten übernommen wurden. Der anwesende Stab der „Christlichen“ machte ob des Ausganges recht lange Gesichter. Es hat sich auch hier wieder das Sprichwort bewahrheitet: „Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er zerbricht.“ Auch dürfte der so leure Mitarbeiter mit seinen Verleumdungsartikeln wohl häufig bei der „Reichspost“ nicht mehr viel entgegenkommen finden. Ob unter den obwaltenden Umständen die famose „Christen Disziplin“ sich noch lange halten kann, möge dahingestellt sein. Tatsache ist, daß jeder omwändige städtische und staatliche Arbeiter, angehend von dem schamhaften Treiben der Patent-Christen, sich diese möglichst vom Leibe hält. C. A.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Der Verleumdungsfeldzug der Scharfmacherpresse gegen die Gewerkschaftsbewegung. Der Vorsitzende der Generalkommission, C. Legien, veröffentlicht in der Tagespresse folgende Erklärung: Die Versuche, die gewerkschaftlichen Organisationen durch verleumderische Behauptungen in Mißkredit zu bringen, haben sich in der Scharfmacherpresse in letzter Zeit derart gehäuft, daß es nicht mehr angängig ist, auf die einzelnen Artikel und Notizen einzugehen. Das dürfte diese Presse veranlassen, nach der bisherigen Praxis zu verfahren und nicht im einzelnen widerlegte Behauptungen einfach als der Wahrheit entsprechend hinzustellen. In Nr. 99 der „Kreuzzeitung“ vom 28. Februar dieses Jahres wird aber eine verleumderische Behauptung aufgestellt, die nicht widerlegt bleiben darf. Es liegt im Allgemeininteresse, daß an Gerichtsstelle festgestellt wird, ob das Behauptete der Wahrheit entspricht oder zu dem Zwecke veröffentlicht worden ist, die öffentliche Meinung irrezuführen. In der erwähnten Notiz der „Kreuzzeitung“ wird über „Ausnutzung der paritätischen Arbeitsnachweise durch die Sozialdemokratie“ und über „Sabotage“ geschrieben und am Schluß gesagt:

Die Sabotage dagegen wird, wie es in der Natur der Sache liegt, heimlich betrieben. Sie besteht ja darin, daß Arbeiter unter Einhaltung der Arbeitszeit ihre Tätigkeit so verrichten, daß sie das ihnen übertragene Wert schädigen, statt es zu fördern. Wie schon der Name lehrt, ist diese Art gewerkschaftlicher Praxis vom Auslande zu uns importiert worden. Wird die Sabotage bei uns darum bis jetzt auch noch mit Zurückhaltung ausgeübt, so ist doch nicht zu bezweifeln, daß sie den Kampfmitteln der „freien“ Gewerkschaften eingereicht ist. Die rote Presse leugnet diese Tatsache. Es dürfte ihr aber nicht unbekannt sein, daß unter den Vertrauensmännern der roten Gewerkschaftsbewegung ein Leitfadener zur Ausübung der Sabotage verbreitet worden ist. Darin ist beispielsweise angeführt, wie Kleinfelder zu arbeiten haben, damit die Röhren sich nach kurzer Zeit werfen; wie bei der Legung von Gas und Wasserrohrleitungen zu verfahren ist, um möglichst viel unvermeidbare Abwärtfälle zu erzielen, und so gibt es für ziemlich alle Berufe ähnliche Anweisungen. Nach den jetzigen sozialdemokratischen Behauptungen müßte dieser achteime Leitfadener ein Handbüchlein sein. Aber er wird doch vollkommen ermit genommen. Vielleicht erfahren wir gelegentlich von der Sozialdemokratie, was mit der Verbreitung dieser Schrift beabsichtigt ist.

Unter „freie Gewerkschaften“ versteht man in Deutschland allgemein die unter der genannten Kommission angeschlossenen Zentralverbände, die gegenwärtig 2 1/2 Millionen Mitglieder haben. Nach den in der „Kreuzzeitung“ und ähnlichen Blättern beliebigen Bemerkungen wird auch auf diese Verbände die Bezeichnung „rote Gewerkschaftsbewegung“ angewandt. Ich habe demgegenüber zu erklären, daß seitens dieser Verbände weder Sabotage geübt noch propagiert ist und daß unter den Vertrauensleuten dieser Gewerkschaften ein Leitfadener zur Ausübung der Sabotage nicht verbreitet worden ist. Sind die vorgenannten Zentralverbände in der Notiz der „Kreuzzeitung“ gemeint, so erkläre ich, daß es sich bei dieser Behauptung um eine gemeine Verleumdung handelt, deren sich der Verfasser der Notiz und der Redakteur, unter dessen Verantwortlichkeit sie veröffentlicht worden ist, schuldig machen.

Die Verhandlungen über den Abschluß neuer Tarifverträge sind in der Holzindustrie in der Hauptstadt beendet. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben sich dem Schiedsrichters gefügt. In einigen kleinen Orten wird noch über untergeordnete Fragen verhandelt, die an dem Gesamtergebnis nichts mehr ändern. -- Schlechter sieht es noch im Lauggewerbe aus. Hier rückt die Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht vom Fleck. Die Arbeitnehmer haben zwar den Schiedsrichter der Unparteilichen angenommen, jedoch waren die Unternehmer nicht dafür zu haben. Der bestehende Tarif ist bis zum 19. April verlängert worden. Hoffentlich wird auch hier noch die Ausperrung vermieden. -- Im Malergewerbe hatte ein außerordentlicher Verbandstag der Arbeitnehmer den Schiedsrichtern zugestimmt. Die Unternehmer wollten aber den Kampf auf jeden Fall. Sie sperren aus. Der Zweck ihres Vorgehens ist erichtlich aus einem Zirkular, das der Hauptvorstand des Unternehmerverbandes im Malergewerbe an seine Mitglieder versandte. Dort heißt es u. a.: „Wir wehren uns gegen den Übermut der Gehilfen, mit dem schon seit Jahren die Ruhe und Ordnung in unseren Werkstätten gefährdet wurde. ... Seit Jahren haben die Gehilfen, besonders natürlich die sozialistischen, immer mehr steigende Beiträge zu ihrem Kampffonds geleistet, um zu einer ihnen passenden Zeit um Hilfe ihrer Millionenfonds mit einem gewaltigen Streit zu überfallen und uns nach unserer Niederlage die Arbeits- und Lohnbedingungen vorzuschreiben. Wir wollen den Gehilfen dagegen jetzt die Gelegenheit bieten, ihren rund zwei Millionen zahlenden

Kampffonds zu verwenden, denn noch einmal drei solche traurige Tarifjahre, als wir zuletzt erlebten, sind nicht mehr erträglich. Nach ihrem Ablauf würde der Kampffonds aber mindestens 4 1/2 Millionen zählen. Und wir hätten selbst mit den jetzt verlannten gewaltigen Lohnerböhrungen direkt die Mittel dazu geliefert.“ Viel Mühe scheinen die Unternehmer mit ihrer Ausperrung aber nicht zu haben. Am 7. März begann sie bereits, bis zum 11. März waren nach den Feststellungen des Malerverbandes nur von rund 50 000 reorganisierten Gehilfen erst 11 994 ausgesperrt. Dazu kommen noch etwa 800 Gehilfen. Diese Zahlen sehen häßlich aus, selbst wenn sie noch etwas tiefer sollten. Das Ganze zeigt ein Bild größter Zerrissenheit; viele Städte sperren überhaupt nicht aus, u. a. Magdeburg und Dortmund. Auch daß man den Beginn der Ausperrung den einzelnen Landesstellen überlassen hatte, ebenso wie die Anordnung, ob nur Organisierte oder auch die „Kameraden“ auszusperren sind, zeigt von nicht besonderer Einmütigkeit. Mögen sich die Herren Unternehmer dabei den Schaden ersparen.

Der Brauerarbeiterverband hat einen bemerkenswerten Erfolg zu verzeichnen. Er konnte den ersten Tarif abschließen, der für das gesamte Personal eines inneren Betriebs die achtstündige Arbeitszeit vorsieht, und zwar für das Maschinenpersonal in geschlossener achtstündiger Schicht, für das übrige Personal in 9 1/2stündiger Schicht bei 1 1/2stündiger Mittagspause. Die Arbeitszeit der Bierfabrik ist mit Erledigung der Tour beendet. Ueberdies ist diese insgesamt die Dauer von 10 Stunden, so ist diese Zeit als Nebenstunden zu bezahlen. Diese Errungenschaft erscheint erst dann in voller Bedeutung, wenn man sich vergegenwärtigt, daß vor knapp anderthalb Jahrzehnten mit wenigen Ausnahmen in den deutschen Brauereien unbeschränkte Arbeitszeit bestand, welche oft bis 20 und mehr Stunden ausgedehnt wurde.

Der 9. Verbandstag der Steinseher tagte vom 10.-15. März in Berlin. Der Verband zählte am Jahresluß 1912 10 766 Mitglieder. Das Vermögen beträgt 154 563 Mk. Interessant ist, daß die Frauenarbeit auch in diesen Beruf eingedrungen ist. Der Verband hat infolgedessen auch weibliche Mitglieder bekommen. In Schloffen werden ungefähr 400 Frauen mit Verputzarbeiten, Steinabwischen und Steintransportieren beschäftigt. 150-180 Zentner pro Tag müssen die Frauen transportieren. Diese Arbeit ist den Frauen nicht zuträglich; dabei erhalten sie einen Stundenlohn von 18-25 Pf. pro Stunde. Auch von anderen Städten Dresden wurde über Frauenarbeit im Steinbergergewerbe berichtet. Dem Entwurf eines Reichstarifvertrages, der den Einigungszwang vorsieht, wurde nach langer Debatte zugestimmt. In der Reichstagsanfrage brachte Anoll zum Ausdruck, daß es früher den Anschein hatte, die Steinseherunternehmer würden sich dem Bunde der Bauunternehmer anschließen. Das sei nicht geschehen, als lägen zurzeit die Voraussetzungen der Verschmelzung des Steinseherverbandes mit einer anderen Organisation nicht vor. Eine in diesem Sinne gebaltene Resolution wurde angenommen. Die Gehälter der Angestellten wurden neu geregelt. Eine Vertrags-erhöhung auf zentraler Basis wurde nicht beschloffen, die Forderungen aber vergrößert, Vorkaufzuschläge zu erheben. Zum 1. Vorliegenden wurde Anoll, zum 2. Vorsitzenden Wagner und zum Kassierer Scholtz wiedergewählt.

Rundschau

Der 30. Todestag von Karl Marx (* 5. 5. 1818, † 14. 3. 1883), hat in der gesamten Arbeiterpresse lebhaften Widerhall gefunden. Auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gedenken des großen wissenschaftlichen Pioniers der Menschheit. Friedrich Engels, der Kamerad und Kampfgesährte von Marx hat dessen Lehren einmal kurz so charakterisiert:

„In Daxum das Gesetz der organischen Natur, so entdeckt Marx das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte; die Wahrheit unter ideologischen Heberwucherungen verdeckte einfache Tatsache, daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können; daß also die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel und damit die jedesmalige ökonomische Entwicklungsetufe eines Volkes oder eines Zeitabschnittes die Grundlage bildet, aus der sich die Staatseinrichtungen, die Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen der betreffenden Menschen entwickeln haben; und aus der sie daher auch erklärt werden müssen — nicht, wie bisher geichehen, umgekehrt. Damit nicht genug. Marx entdeckt auch das spezielle Bewegungsgesetz der heutigen kapitalistischen Produktionsweise und der von ihr erzeugten bürgerlichen Gesellschaft. Mit der Entdeckung des Mehrwertes war hier plötzlich Licht geblissen, während alle früheren Untersuchungen, sowohl der bürgerlichen Ökonomen, wie der sozialistischen Kritiker, im Dunkel sich verirrten haben.“

Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen im heutigen kapitalistischen System empfindet wohl die weitest über-

wachsende Mehrheit der Arbeitenden. Von dieser Empfindung bis zur klaren Erkenntnis und bis zum Erwachen des Klassenbewußtseins ist aber ein weiter Schritt. Marx hat uns diese Erkenntnis gebracht und das wissenschaftliche Rüstzeug zum Kampf gegen den Kapitalismus geschaffen. Sein Wort: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ ist von Millionen erfüllt und auch in der gewerkschaftlichen Welt zur Wahrheit geworden.

Der Rüstungsstiller, der gegenwärtig wieder in ganz unheimlicher Weise grammt, übt auch seine Schrecken auf bürgerliche Elemente aus, die sonst militärisch sind. Die Frankfurter „Volkstimme“ entnimmt der Ostau-Korrespondenz folgendes:

Man braucht nicht erst lange zu beweisen, daß wir keineswegs im goldenen, sondern mitten im „eisernen“ Zeitalter leben — ein Zeitalter auf das in Rußland starrende Europa genügt! Niemand hat die Welt einem, gleichzeitig bewundernswerten und gleichzeitig jädenenerregenden moralischen und finanziellen Aufwand für Kriegszwecke gesehen, wie in unseren Tagen. In Augenblick, da die Mächte, Deutschland voran, wiederum den Effektivbestand ihrer Heere und Flotten vermehren, dürfte es interessant sein, einen Einblick zu werfen auf die seit dreißig Jahren unablässig steigenden Ausgaben, die in den sechs großen Staaten Europas für Kriegszwecke gemacht worden sind. Dabei soll vorerst nicht von den riesigen ordentlichen Aufwendungen, sondern lediglich von den Mehrausgaben seit 1893 die Rede sein. Nachstehende Tabelle, die sich über drei charakteristische Perioden der letzten Jahrzehnte erstreckt, gibt darüber Einzelheiten; die bezeichneten Summen sind in Millionen Mark ausgedrückt.

	1888-1903 (16 Jahre)		1893-1907 (14 Jahre)		1907-1912 (5 Jahre)	
	Total	Jährlich	Total	Jährlich	Total	Jährlich
Deutschland	255,2	25,5	430,4	30,7	229,8	45,9
England	79,2	7,9	552,8	39,5	229,5	45,9
Frankreich	80,0	8,0	162,4	11,9	200,8	40,1
Italien	36,0	3,6	49,6	3,5	184,8	36,9
Österreich	29,6	2,9	113,6	8,1	141,6	28,3
Rußland	(-48,8)	(-4,9)	320,0	22,9	557,6	111,5
Total	431,2	43,0	1028,8	116,6	1548,9	308,6

Mit alleiniger Ausnahme Rußlands begannen sämtliche Großmächte bereits in der ersten Periode (1888 bis 1893) ihr Militärbudget zu erhöhen, und zwar betragen die Aufwendungen, die Deutschland (nach des Dreibundes!) machte, mehr als die der vier übrigen Mächte zusammengenommen. In der zweiten Periode (1893 bis 1907) behauptet England mit der Riesenziffer von über einer halben Milliarde Mark den ersten Platz, Deutschland und Rußland folgen in nicht allzuweitem Abstand, während die übrigen (speziell auch Frankreich) ihre Rüstungen in bescheidenem Maße vervollständigen. Die dritte Periode endlich (1907 bis 1912) zeigt Rußland mit der formidablen Ziffer von 557 Millionen (oder 111,5 Millionen pro Jahr) an der Spitze; Deutschland, England, Frankreich rücken mit je 229,5 bzw. 201 Millionen in gegenseitig ungefähr die gleiche Ränge. Die Gesamt Mehraufwendungen erstrecken sich für die 11 Jahre der zweiten Periode die gewaltige Summe von über 1600 Millionen, für die fünf folgenden Jahre aber nicht weniger als 1541 Millionen, d. h. sie sind im Verhältnis von 114 zu 109 gestiegen — ein geradezu phantastischer „Fortschritt“! Weitere interessante Betrachtungen ergeben sich, wenn man die Totalausgaben der Großmächte für Militärzwecke vom Jahre 1893 anseht, von 1912 andererseits gegenüberstellt, wie es in nachfolgender Tabelle geschieht.

	1891		1912	
	Absolut	Prozentual	Absolut	Prozentual
Deutschland	403,2 Mill. M.	1318,4	915,2	227
England	561,6	1423,1	861,5	153,4
Frankreich	631,2	1074,4	443,2	70,2
Italien	248,8	519,2	270,4	108,6
Österreich	254,4	539,2	284,8	111,9
Rußland	715,2	1544,0	828,8	114,8
Total	2414,4 Mill. M.	6418,8	3603,9	130,9

Haben sprechen bekanntlich eine sehr bereichende Sprache. Wenn man hier sieht, wie der europäische Friede, allein soweit er die sechs Großmächte angeht, annähernd sechseinhalb Milliarden Mark in einem einzigen Jahre (1912) gekostet hat und, soweit die Rüstungspläne der einzelnen Regierungen erkennen lassen, bereits 1913 gegen acht Milliarden löhnen wird, so fragt sich der nachdenklich gestimmte Friedensfreund denn doch, wofür dieses wahnsinnige Tempo schließlich führen soll. Willst du dämmert auch dem ernstlichen Rüstungsamateur bei Betrachtung dieser auf offiziellem Material beruhenden „Waffenliste“ der Gedanke, daß es so nicht weiter gehen kann und daß eine Epoche, die sich ihres Fortschritts und ihrer Kulturhöhe rühmt, auch andere Mittel und Wege finden müßte, einen ehrenvollen und gesicherten Frieden zu erhalten. Jedenfalls: solange sich die Völker als fürchterlich bewehrte Rüstwerke gegenübersehen, sind alle Phrasen von moderner Humanität nichts anderes als leeres Gerede! — Hätte das liberale Bürgertum noch seine Grundsätze — um mit Rugdau zu reden —, so

müßte es gegen den Rüstungswahn ebenso energig Front machen, wie es früher von ihm geschehen ist. Heute ist es nur die moderne Arbeiterbewegung, die dagegen ankämpft.

Ein verlorener Feldzug der Scharfmacher und Gelben. Es gab eine Zeit, da sah die organisierte Arbeiterchaft dem kämpfhaften Bemühen des Unternehmertums, sich Organisationen zu schaffen, die denen der Arbeiter ebenbürtig seien, mit einem überlegenen Lächeln zu. Das war noch vor zehn und zwölf Jahren. Die Arbeiterorganisationen sind seitdem hart weiter gewachsen. Trotzdem ist das überlegene Lächeln heute verschwunden, denn die Unternehmer haben inzwischen Organisationen zurwe gebracht, die denen der Arbeiter nicht nur ebenbürtig, sondern sogar bedeutend überlegen sind. Organisationszerpitterung kennt man dort nicht. Die Unternehmer wissen, daß sie nur einheitliche Wirtschaftsinteressen zu vertreten haben und fragen dabei den Teufel nach politischer und religiöser Ueberzeugung. Außerdem stehen ihre Reihen nahezu lückenlos da. Anders die Arbeiterbewegung. Hier stehen noch Millionen von Arbeitern jeder Organisation fern und die Organisationen sind nach verschiedenen Richtungen gespalten, machen sich das Leben gegenseitig selber schwer. Daß daraus nur die Unternehmer Vorteil ziehen, haben u. a. die Streiks im Ruhr- und Saarrevier im Jahre 1912 gezeigt. Ferner bedrücken das mangelhafte Wahlrecht und allerlei Polizeigesetze, wie sie bei Streiks speziell zum Ausdruck kommen, die Arbeiterorganisationen. Trotzdem ist die Arbeiterbewegung bei den Unternehmern gefürchtet und kein Mittel bleibt unversucht, sie lahmzulegen. Geht es mit Ausnahmefällen und anderen Gewaltmitteln nicht, so wird es mit Wohlhabens-„Einrichtungen“ versucht oder man schafft Gegenorganisationen wie die „Gelben“ und holt sich als Ausweichter bei Streiks die berüchtigte Hinkegarde. Dieses Treiben der Unternehmer hat nicht immer den Beifall bürgerlicher Sozialpolitiker gefunden. Daher auch ihr Haß gegen die Kathedersozialisten, der zu einem direkten Feldzug gegen den Münchener Professor Lajo Brentano ausartete. Dieser hielt am 29. Februar 1912 einen Vortrag über „Der Staat der Arbeitwilligen“. Er schied die Arbeitwilligen in mehrere Kategorien und wandte sich besonders scharf gegen deren schädigste Spezies der Hinkeischen Siebenmonatskinder. Daß war dem scharfmacherischen Unternehmertum der willkommenen Anlaß, das längst ererbte Meßstreben gegen diesen Kathedersozialisten zu veranlassen. Da ihre Attade gegen Brentano so zu förmlich ausgefallen hätte, wegen den Scharfmachern willfährige Phektulis den Vortrag Sabiu um. Brentano habe alle Arbeitwilligen als ehrlös bezeichnet. Der Söldling des Väterischen Industriellenverbandes, Eudifus Dr. Mublo, verzapfte sofort einen in den größtmöglichen Tönen gegen Brentano gerichteten Artikel, in dem auch die Industrieviertel aufgefordert wurden, Schulen zu boykottieren, an deren Leute, wie Brentano lehre. Auch die „Gelben“ konnten sich diese günstige Gelegenheit nicht entgehen lassen, sich an den bürgerlichen Sozialpolitikern zu reiben, man weiß ja aus der Berliner Versammlung vor einigen Wochen, auf welchem Fuße Gelbe und Kathedersozialisten miteinander stehen. Brentano trat zunächst diesen Angriffen mit Berichtigungen entgegen, die Hebe ging aber trotzdem weiter. Daraufhin verklagte Brentano die gelben Mediatore Ossenbrunner und Seif um „Vand“ und „Vehr“, sowie den Dr. Mublo. Die Gelben antworteten mit Gegenklage von 11 Arbeitern ihres Ansehens, die Brentano als ehrlös bezeichnet haben sollte. Sie fielen jedoch elend hinein. Die Klagenlage wurde abgewiesen und die beiden Mediatore mit je 100 Mk. bestraft. Dr. Mublo erhielt 300 Mk. aufgebürdet. Der Vorstand des Väterischen Industriellenverbandes“ beschloß aber in offenkundiger Verhöhnung der Rechtslage, Prozeduren und Geldstrafe seines Söldlings Mublo auf die Verbandskasse zu übernehmen. Dieser Bescheid wurde außerdem öffentlich publiziert mit der Begründung, daß Mublo den Kampf entsprechend fortsetzen könne. In zahlreichen Fällen ist gegen Gewerkschaftsführer auf Arbeitsstrafe erkannt worden, mit der Begründung, daß der Verband die Geldstrafe trage. Eine erkannte Geldstrafe nebst den Prozeduren durch publizierten Beschluss auf die Verbandskasse zu übernehmen, hat noch kein Arbeiterverband gewagt. Trotz dieser Verurteilungen ließen sich Scharfmacher und Gelbe von ihrem Arbeitspfade nicht abbringen. Kräftiger als zuvor stießen sie, diesmal unter Führung des verächtlichen Dr. Tille, ins Horn. Brentano sah sich genötigt, aufs neue zu klagen. Tille wartete das Urteil nicht ab, er harrte vorher. Der Prozeß endete zwar mit einem Vergleich, die Niederlage war aber diesmal für die Verklagten größer als vorher. Sie nahmen die Berichtigungen zurück. Sie mitangeklagte Verbandskassier verpflichtete sich, die in ihrem Verlage erscheinende Schwebdrift gegen Brentano zurückzuziehen. Mublo und die gelben Mediatore verpflichteten sich ferner, den Vergleich in ihren Blättern zu veröffentlichen und dem Professor Brentano wurde das Recht der Publikation des Vergleichs in einer Ausgabe von Tageszeitungen und der „Arbeitgeberzeitung“ eingeräumt. Auf unsere Rechtspredung werfen diese beiden Prozesse ebenfalls ein besonderes Licht. Wäre der beleidigte Professor ein beleidigter Streikbrecher gewesen, so hätte der Staatsanwalt im ersten Falle keine Geldstrafen und im letzteren keinen Vergleich zugelassen, sondern es wäre der § 153 der G.O. in Anwendung gekommen, der nur Freiheitsstrafen kennt.

Ein lichter Augenblick. Das auch das berühmte Organ der Scharfmacher, die „Rheinisch-westfälische Zeitung“, einmal den Variachen aufrichtig nachsicht, verdient besondere Beachtung. In einem Artikel über das Problem des Arbeiterdichters heißt es u. a.: „Der arbeitende Mensch muß auch eine gewisse Zeit zur Verfügung haben, die er der Entwicklung seiner Persönlichkeit widmen kann, das wertvolle Moment, um der unbefriedigenden Herrschaft der Klasseninteressen entgegenzuwirken und die Hoffnungslosigkeit zu überwinden, die ein so wichtiger Faktor in der Proletariatskrisis ist. In dieser Entwicklung braucht das Individuum nicht nur im Stadium körperlicher Reife, sondern noch später Zeit und Kraft; und deshalb soll die Verarbeitete nicht bloß das verfügbare Zeit, sondern auch das Kraftausmaß nicht voll erschöpfen. Was will man von einem Geschlecht von Menschen erwarten, deren tägliches Einzelne gänzlich oder teilweise in nichts anderem sich abspizelt, als in zwölf Stunden Aufenthalt in der Arbeitsstätte, zwei Stunden Weges zu und von derselben, acht bis neun Stunden Schlaf und eine bis zwei Stunden Nachmittagsruhe? Man wird jemand zu diesen Verhältnissen zurückweisen wollen, die den alten Satz zu dem Ausdruck veranlassen: „Slaven dürften nur entwedert arbeiten oder schlafen“. Denn die Erkenntnis hat sich wohl durchgerungen, daß die gesunde, andere als rein menschlichen Wesen zu gängliche Arbeiterschaft leistungsfähiger ist.“ Diese treffliche Darstellung verdient von privaten Unternehmern wie Stadtverwaltungen beachtet zu werden. Freilich, um die Monopolen gegen daraus zu ziehen, bedarf es erst des energischen Vortruges der Organisationen.

Ein Kulturdokument. Die Antisozialdemokratie hat es unternommen die in Betracht kommenden Gemeinden eine Warnung vor dem Genuß von allzu viel Dunderfleisch, weil dieses Kungenkrankheiten verursacht. Da scheinen ja in der Kreidberger Gegend besonders viel Dunde daran glauben zu müssen.

Schmerzstillende Hausmittel. Viele Menschen müssen Stunden lang die heftigsten Schmerzen erdulden, bis der oft wertvollere oder gerade abberuhende Arzt als Erlöser erscheint. Wände und Türen können sich zum Beispiel bei Gliederreizen oder Kopfschmerzen gar nicht entschließen, zum Arzt zu gehen, sondern können immer noch auf selbst eintretende Linderung und quillen sich damit unnötig herum. Allen kann geholfen werden durch folgende einfach zu beschaffende Mittel, von denen einige jederzeit auch im kleinsten Haushalt ausführbar sind. **Trockene Hitze.** Manke Tiere legen sich hin und in die Sonne. Kamentlich bei Kopfschmerzen blickt das Sonnenbad ein ausgezeichnetes Mittel. Wirksam ist auch die vom Feuer oder von einer Lampe ausstrahlende Wärme. Bei Zahnschmerzen halte man die schmerzende Seite Pade, dünn bedeckt mit dem Fingerende, unmittelbar an den warmen Nachbarn. **Heißer Umschlag.** Man braucht hierzu heißes Wasser, so heiß, als es verträglich wird, und ein reines Tuch oder Watte. Dies taucht man in das heiße Wasser und legt es auf die verletzte Stelle. Der heiße Umschlag lenkt das Blut zur Haut und hebt die Empfindlichkeit herab, wirkt also schmerzstillend. Von quälender Wirkung ist er nicht nur bei leichteren Verletzungen, wie sie täglich vor kommen, sondern ganz besonders auch bei Verbrennungen, Verrenkungen und Ausschlagungen. **Heiße Waschung.** Kochsalzwasser. Ein Schwamm wird in sehr heißes Wasser getaucht, ausgepresst und die Oberläche der schmerzenden Stelle damit sanft abgerieben. So kann man sehr heftige Übergänge vertragen; je größer aber die Hitze, um so besser der Erfolg. Dies Mittel ist besonders wirksam bei Kopfschmerzen, Hüftweh (Rheuma), Herzhagen, Heißes Fußbad. Durch allmähliches Abkühlen von heißem Wasser steigert man die Temperatur bis zum höchsten erträglichen Grade. Das Wasser muß weit von der Unterseite der schmerzenden. Ausgesprochene Wirkung bei heftigen Kopfschmerzen oder Zahnschmerzen, Cholezysten, Augenentzündungen, Nasenkatarrhen, heftiger Unschlag. Auf den schmerzhaften Teil kommt ein feuchtes Tuch, darauf ein wasserhaltiger Stoff und dann mehrere Schichten Watte oder Wolle. Der Umschlag wird rasch warm und behält die Temperatur lange Zeit hindurch. Sehr wirksam ist z. B. bei Schmerzen und Entzündungen des Halses. Diese einfachen Mittel sind in jedem Haushalt leicht und ohne Kosten anwendbar und nur bei allen Schmerzfällen ihre Schlußfolgerung in ganz überraschender Weise.

Der ewige Demagog.

Zerschlepp den Krübling in den Sommer! Denn er ist ein Demagog. Weil er der gewohnten Herrschaft seines Vaters und entzogen. Und um unter langen Rache und den schönen Zeiten belagert — Zerschlepp den Krübling in den Sommer! Denn er ist ein Demagog. Zerschlepp den Krübling in den Sommer! Der die Welt in Aufruhr bringt: Pöbel wachen, Dämonen wachen, jeder Vogel zerrt und singt. Und auch in die Menschenbergen wunderbare Rettung bringt — Zerschlepp den Krübling in den Sommer! Der die Welt in Aufruhr bringt. Zerschlepp den Krübling in den Sommer, legt den Winter auf den Thron! Legitim ist nur der Winter, und der Demagog sein Sohn. Dieser aber will nichts weiter, nichts als Revolution — Zerschlepp den Winter in den Sommer! Zerschlepp den Krübling auf den Thron!

Verbandstiel

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.
Telephonaufbau des Hauptbureaus. Für Verbandsvorstand, Redaktion der „Gewerkschaft“ und Zentralnennnachweis für das Krankenpflege-, Massage- und Paderpersonal sind ab 1. März dieses Jahres 2 Telephonaufstellungen eingerichtet worden. Sie führen die Nummer Amt Lwow 6488 und 7481. Wir bitten die Kollegen, dies vormerken zu wollen.
Jähriger Wohnbeitrag. In der Woche vom 16. — 22. März d. J. ist der 12. Wohnbeitrag fällig.
 Der Verbandsvorstand.

Briefkasten

Wegen Raummangel möchten einige Artikel für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Eingegangene Schriften und Bücher

- Die Neue Zeit. Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Verla: J. S. W. Dietz Verlag, Stuttgart. Heft 23 und 24 vom 30. Jahrgang. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 M.
- Der Wahre Jakob. Erscheint alle 14 Tage. Verlag: J. S. W. Dietz Verlag, Stuttgart. Nr. 7. Preis der Nummer 10 Pf., bei Vorbezug pro Quartal 65 Pf.
- Die Konsumgenossenschaftsbewegung der deutschen Arbeiterklasse von Paul Gödicke. Unter diesem Titel ist seit 8 der Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung“ erschienen, die vom Genossen Genwald im Verlag von Staben u. Comp. in Dresden herausgegeben werden. 55 Z. Preis 50 Pf.
- 1913. Vortrag, gehalten von Hermann Wendel am 9. März in Frankfurt a. M. Preis 10 Pf. Behelfen sind an die Buchhandlung Volkstümme, Frankfurt a. M., oder an die örtlichen Parteibüchereien zu richten.
- Die neue Reichs-Versicherungs-Ordnung hat grundlegende Veränderungen in der sozialen Gesetzgebung gebracht. Diese machte eine neue Bearbeitung der kleinen Heftnummer notwendig, die unsere Parteibücherei herausgibt. Jetzt liegen diese Neuausgaben vor, und zwar in drei Heften, betitelt:
 1. Johs. Feiden, Was muß der Arbeiter von der Krankenversicherung wissen?
 2. Johs. Feiden, Was muß der Arbeiter von der Unfallversicherung wissen?
 3. Gd. Graf, Was muß der Arbeiter von der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wissen? Preis je 10 Pf.

Berechnungen zur Reichsversicherungsordnung und zum Versicherungsstellen für Angehörige. Von Prof. Dr. Ungler in Leipzig. 88 Seiten, Preis gebunden 1,40 M. Leipzig 1913. Verlag von Julius Klinckschardt.

Die Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Paul Zinger 68, m. v. S., Berlin. Preis 20 Pf. Aus der Serie der Reichsversicherungsordnung ist nunmehr auch der durch die Krankenversicherung erzielbaren. Er leistet für würdig denen durch die Unfall und durch die Invaliden und Hinterbliebenenversicherung an. Das weitestgehende und darum für den Laien so wenig verständliche zweite Buch der Reichsversicherungsordnung ist von einem bekannten Zahlenmeister dieser schwierigen Materie in kurzgefaßter und dadurch rasch informierenden Kapiteln dargestellt. Besonders ist dabei Gewicht gelegt worden auf die Leistungen der verschiedenartigen Kassen, also auf die Rechte der Kassenmitglieder, ein Kapitel, das nicht nur von den neu in die Versicherung Eingetragenen, den Landarbeitern und den Gesunden, sondern auch von den bisher schon Versicherten mit Interesse gelesen werden wird. Die vielen sonstigen Veränderungen, die die Reichsversicherungsordnung auf dem Gebiete der Krankenversicherung außerordentlich gebracht hat, werden natürlich mit der gleichen Sorgfalt behandelt. Die billige Büchlein ist gut ausgestattet und mit einem ausführlichen Register versehen. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Expeditionen.

Totenliste des Verbandes.

Wilhelm Wörner, Hamburg Schlosser (Krankenhaus) † 24. 2. 1913, 25 Jahre alt.	Johann Dietrich, Offen Femontier † 18. 3. 1913, 52 Jahre alt.
Gottlieb Haug, Stuttgart Arbeiter (Kleinfabrikant) † 13. 3. 1913, 45 Jahre alt.	Johann Grimm, Hamburg Kassenermeister † 13. 3. 1913, 54 Jahre alt.

Chre ihrem Andenken!